

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Heft- und Verzählungsaufsätze Kosten bis Seite 25 Pf. Geschäftsaufsätze werden nicht aufgenommen.

Glück  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum
Druck und Verlag von H. Hanemann & Co., Bochum, Wismuthstraße 38-42.
Telephon-Nr.: Vorstand 98, Telegramm-Adresse: Altvorstand Bochum.

Ohne Gefahr.

Beim Fliegen in den Lüften;
Beim Graben in den Klüften;
Da bleibt so mancher tot.
Doch beim Coupon-Abschneiden!
Muß auch die Schere leiden,
Da hat es keine Not. —

Da kann nichts explodieren;
Kein Sturz zum Tode führen;
Da bricht nicht Stahl noch Stein;
Nein, ganz gefahrlos ist es,
Ihr alle, alle wisst es,
Doch bringt's am meisten ein. —

b. n.

Die Not steigt!

Wir fordern Bohnerhöhungen!

Der Zentrumsbundesabgeordnete Dr. Seim, der einflussreichste Bauernorganisator Süddeutschlands, hat im bayerischen Landtag erklärt, man könne jetzt noch nicht von einer besonderen Teuerung sprechen, die größte Not würde aufgangs des nächsten Jahres eintreten! Dann erst würden sich die schlimmsten Folgen der Teuerung für die besiegte Volksmasse bemerkbar machen.

Wenn die heutigen Lebensmittelpreise noch keine eigentliche Teuerung markieren, dann wehe dem armen Volke! Unsere Referenten berichten uns aus allen Versammlungen und Konferenzen, aus allen Kameradschaften, daß die Not in der Kameradschaft! Tückige Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den besten Jahren, treten auf mit Lohnbüchern, aus denen hervorgeht, daß selbst sehr leistungsfähige Hauer ganze Lohnperioden hindurch nur zwischen 4 bis 5 Mark pro Schicht ausgezahlt erhielten! Der durchschnittliche Hauer- und Schlepperlohn wird amtlich für das Ruhrgebiet mit durchschnittlich 5,50 Mk. pro Schicht im II. Quartal 1911 angegeben. Er stand da immer noch 63 Pfennig pro Schicht niedriger wie Ende 1907! Und selbst den so geringen Durchschnittslohn erhalten jetzt nicht einmal die betr. Hauer trotz tückiger Leistung!

Aus Ober- und Niedersachsen, aus Mittel- und Südbaden wie aus dem Saargebiet laufen fortwährend bettelgleiche Klagen über unauskömmliche Löhne bei unseren Bezirksleitungen ein. Es vergeht keine Vorstandssitzung, wo sich unser Verbandsvorstand nicht mit den Lohnbewegungen im Verlu zu beschäftigen hat. Unsere Verbandszeitung behandelt die Lohnentwicklung fortgesetzt und wir stellten in Nr. 37 vom 16. September 1911 fest, daß seit Ende 1907 bis Ende des II. Quartals 1911 allein den preußischen Kohlen-, Erz- und Salzbergleuten zusammen eine

Lohnreduktion von über 170 Millionen Mark zugefügt worden ist! Die Bechenpresse wagt unsere Feststellung nicht zu bestreiten. Sie ist richtig!

Diese Lohnverluste würden die Lage der Bergarbeiter nicht so wie gehoben verschlechtert haben, wenn nicht die außerordentliche Teuerung hinzugekommen wäre. Wir haben früher schon dargelegt, daß die diesjährige Dürre die durch unsere Einfuhrzölle, Grenzsperrern und Ausfuhrprämiens (Einfuhrfeste) fast stetig in die Höhe getriebenen Lebensmittelpreise noch besonders erhöht hat. Kein Wunder, daß in den Bergarbeiterfamilien, wo ohnehin meistens Schmalhans der Koch ist, nunmehr die bitterste Not Einzug hält. In den letzten Ausschüttungen der fiskalischen Saargrube Friedrichthal erklärte ein Ausschukmitglied, bei den geahlten Höhnen — und es sind längst nicht die niedrigsten! — müßten die Leute an Unterernährung leiden! Es handelt sich um Hauer, die nur 4,49—4,80 Mk. Schichtverdienst nach Hause bringen konnten! Noch viel erbärmlicher muß es also den Familien ergehen, deren Ernährer nicht einmal 4 Mark, in zahlreichen Fällen nur gut 3 Mark Schichtlohn erhalten! Deren gibt es in allen Bergrevieren sehr zahlreiche. Man überfreibt durchaus nicht, wenn man sagt, daß es Tausende und aber Tausende Bergarbeiterfamilien in Deutschland gibt, die schon jetzt bitteren Hunger leiden müssen! Daraon machen auch die Bergarbeiter mit den höchsten Nominalhöhen keine Ausnahme. Als einer unserer Referenten unlängst im Oberhausener Bezirk eine Versammlung abhielt, da traten eine ganze Reihe Kameraden an ihn heran und bewiesen ihm durch Vorlage des Lohnbuches, daß sie am Lohnlage keinen Penny mehr auszuzahlt erhalten haben!!! Durch die Abfallung von Mieten und Steuern war der ganze Monatslohn darauf gegangen!!! Das sind doch entsetzliche Armutshälften und nun hören wir von wohlunterrichteter Seite, es würden in naher Zukunft die Lebensmittelpreise noch weiter und erheblich steigen!!!

Geschieht gegen diesen schweren Notstand nichts Durchgreifendes, dann wird die bittere Not die Beideinden zur Verzweiflung treiben!

Um zunächst einmal eine unverbindliche Aussprache über die gegen das Umschlagspreis des Notstandes zu unternehmenden Schritte zu pflegen, waren die Verbandsvorstände des Bergarbeiterverbandes, des Zentrumsgewerbevereins, der Polnischen Bergarbeitervereinigung und des Hirsch-Dunkerschen Gewerbevereins am 12. Oktober in Oberhausen zusammengetreten. Besonderswert ist wohl, daß nunmehr auch der Vorstand des Zentrumsgewerbevereins sich zu der Befreiung einstellt, während er es bekanntlich im Vorjahr ablehnte, sich mit den anderen drei Organisationen zu befrieden. Wir erschließen in dem jetzigen Verhalten des Gewerbevereinsvorstandes einen Beweis dafür, daß auch er die steigende Notlage der Bergarbeitermassen zugibt und in einem wie immer gearteten gemeinsamen Vor-gehen in aller in Betracht kommenden Bergarbeiterorganisationen das innerhin ausichtsreichste Mittel zur Errreichung besserer Lohnverhältnisse erblickt.

Bevor die Gewerbevereinsvertreter zu der gemeinsamen Konferenz der Vorstände kamen, fand — am Sonntag, den 8. Oktober in Essen — eine vertrauliche außerordentliche Generalversammlung des Zentrumsgewerbevereins für das Ruhrgebiet statt. Auf dieser Generalversammlung ist laut dem "Bergknappen" eine Resolution beschlossen worden, in der auf das Wirtschaftsamt in Südwales Höhungen und Teuerungsverhältnisse hingewiesen und bedauert wird, daß das in der Antwort des Bergarbeiterverbandes vom Dezember 1910 gegebene Versprechen, die Löhne steigern zu lassen, in ganz ungenügender Weise erfüllt worden ist. Diese Resolution bestätigt lediglich, was wir wiederholt konstatierten, nämlich, daß die Arbeitersöhne sich mindestens nicht entsprechend den Teuerungsverhältnissen aufwärts entwickelt haben. Wir müssen aber auch sagen, daß in der erwähnten Antwort des Bechenverbandes vom 8. Dezember 1910 auf die damaligen Lohneingaben ein auch nur halbwegs positives Lohnversprechen nicht gegeben worden ist! Der Bechenverband hat die eingaben mit gänzlich unverbindlichen Wiedersarten abgelehnt; er konnte das nun leichter, weil damals keine Verständigung der Verbände zu stande kam. Nun erklärt die Gewerbevereinsresolution auch das Heftschlagen des vorjährigen separaten Vorgehens. Unsere Vorausgabe war also zutreffend.

Am 12. Oktober wurde aus dieser Erkenntnis die Folgerung gezogen, daß an diesem Tage nach Jahr und Tag zum ersten Mal wieder auch der Vorstand des Zentrumsgewerbevereins sich in einer Konferenz der Verbandsvorstände vertreten ließ. Auch das ist eine Wirkung des unbestreitbar um sich greifenden Notstandes in der Bergarbeiterenschaft.

Nach stundenlanger Aussprache über die Lage der Bergarbeiterchaft wurde die Befreiung abgebrochen und der Presse folgende Mitteilung übergeben:

Die Konferenz bringt zum Ausdruck, daß die Bergarbeiterkluhe in allen Revieren augenscheinlich der herrschenden Teuerungsverhältnisse durchaus zu niedrig seien. Eininstimmig wurde betont, daß die Werksbesitzer auf Grund der bisherigen Betriebsergebnisse in der Lage seien, die Löhne ausreichend zu erhöhen. Über die Verhandlungen sollen die Vertreter den einzelnen Organisationen Bericht errichten. Weitere Schritte bleibten vorbehalten. Bezuglich der Knappshaftfrage war die Vorstandskonferenz einmütig der Ansicht, daß das Bestreben der Werksbesitzer im Allgemeinen Knapphaftsverein zu Bochum, die reichsgelehrten Beziehungen der hinterbliebenen verstorbenen Knapphaftsmitglieder zur Hälfte auf die knapphaftlichen Leistungen aufzurechnen, nicht berechtigt sei. Sie verlangt daher, daß diese Beziehungen ganz neben den knapphaftlichen Leistungen gewahrt werden.

In der Beurteilung der Lohnfrage herrscht also Einigkeit. Was zur Errichtung besserer Löhne geschehen soll, darüber werden im Rahmen der einzelnen Organisationen noch Beratungen stattfinden müssen, da die Aussprache zunächst unverbindlich war und sich auch nicht nur auf den Ruhrbergbau erstreckte, woraus sich ohne weiteres eine Rücksprache mit den betreffenden Reviervertretern nötig macht.

Erfreulich ist auch, daß über die Frage der Knapphaftlichkeit in allen Revieren eine volle Eininstimmigkeit konstituiert werden kann, wodurch das Verhalten unserer Vertreter im Bochumer Knapphaftsverein als durchaus korrekt anerkannt ist.

Die Generalversammlung des Zentrumsgewerbevereins hat auch beschlossen, wegen Maßnahmen gegen die Teuerung an die Regierung und an den Reichstag heranzutreten. Für den Bergarbeiterverband erübrigt sich dies schon deshalb, weil seine Stellung gegen die nahungsversteuernde Zoll- und Grenzsperrern politisch nicht zweifelhaft ist und weil unsere Kameraden Sachse und Hu als Mitglieder des Reichstages bei den parlamentarischen Auseinandersetzungen über die Teuerung schon dafür sorgen werden, daß auch die Notlage der Bergarbeiter geschildert wird.

Zetzt aber haben die Bergarbeiter in allen Revieren das unabdinglich Nötige zu bejorgen. Voriges Jahr haben die Bechenbesitzer nicht nur die Lohneingaben abgelehnt, sondern sie ließen auch durch ihre Organe erklären, daß sie die Arbeiterorganisationen nicht als Belegschaftsvertreter anerkannten, weil der größte Teil der Arbeiter nicht organisiert sei! Leider muß zugegeben werden, daß wohl alle Bergleute eine Aufbesserung ihrer Löhne verlangen, aber sie halten es längst nicht alle für nötig, sich zu organisieren. Darum sagen die Bechenbesitzer, die gesamte Arbeiterschaft sei mit der Lohnforderung der Organisation nicht einverstanden.

Die Bergarbeiterchaft hat es in der Hand, sich ihre Lage zu verbessern! Geht hin zu den Buchdruckern! Diese haben jetzt einen neuen Reichstarif mit generell 10 Prozent Lohnzulage willigst erhalten. Der Buchdrucker-verband umfaßt über 90 Prozent der Berufsangehörigen, darum sein großer Erfolg. In den Bergarbeiterverbänden sind kaum 40 Prozent aller Kameraden organisiert, darum hier die zunehmende Notlage.

Es wird uns viel über die ererbte Stimmlösung in der Bergarbeiterchaft berichtet; auch wir kennen sie und wissen, daß in diesen Versammlungen und Konferenzen von der Organisation ein Kampfbereites Handeln gefordert wird. Auch das finden wir ganz natürlich angesichts der Notlage. Wir halten auch einen aktiven Lohnkampf für unvermeidlich, wenn wir die bisherige Haltung der Bechenbesitzer betrachten.

Aber, Kameraden, schafft die Vorbedingungen für einen aussichtsreichen Lohnkampf! Unterlaßt auch das Hadern und Sabotieren, hat euch unter Bergmannsrichter so oft zugernahmt. Fühlt euch als eine einzige Masse notleidender Arbeiterschwestern! Es ist jedem möglich, in kurzer Zeit wenigstens ein neues Verbandsmitglied zu gewinnen! Unsere schwimmenden Hemmnisse sind die Unorganisierten. Deshalb vorwärts Kameraden in allen Revieren, vorwärts in die gründliche Hausagitation für den Bergbau! Sucht die Unorganisierten auf, jagt ihnen, daß die Not immer größer wird, wenn sich die Bergarbeiterchaft nun nicht aufrafft. Die Organisationsvorstände haben sich bereits einstimmig für die Notwendigkeit und Durchführbarkeit einer Bohnerhöhung ausgesprochen. Nun, Kameraden, tut ihr eure

Pflicht der Selbstbehauptung. Schnell und massenhaft muß der Bergarbeiterverband verstärkt werden. Denkt an die Notlage eurer Familien! Zeigt alle Hand ans Werk gelegt, die Organisation rasch und ohne zu verlieren, damit die Bechenbesitzer sehen, daß die Bergarbeiterchaft Deutschlands, wenn nötig, auch den Kampf für ausreichendes Brot anzunehmen gewillt ist. Wir wünschen den Kampf nicht, aber wir werden ihn nicht scheuen, wenn es keinen anderen Ausweg gibt. So wie es jetzt ist, kann es unmöglich bleiben.

Die britischen Bergleute vor einem Generalstreik.

In der vorigen Nummer der "Bergarbeiter-Zeitung" haben wir über den Jahresfangsatz des britischen Bergarbeiterbundes (Miners Federation of Great Britain) berichtet. Auf die wichtigsten, sämtlich in vertraulichen Sitzungen gepflogenen Debatte über die Lohn- und sozialen Arbeitsbedingungen und die hierzu gefassten Beschlüsse konnten wir schon wegen der Veröffentlichung des Berichtseingangs nicht näher eingehen. Dann aber auch verbietet uns der vertrauliche Charakter der Verhandlungen ihre Wiedergabe. Da nun in der deutschen Tagespresse von Berichterstattern, die den vertraulichen Sitzungen in Southport nicht beiwohnen konnten, zum Teil irreführende Mitteilungen über die Tragweite der gefassten Beschlüsse erschienen sind, so leiten sie nachstehend etwas erläutert.

Die Möglichkeit eines Generalstreiks der britischen Bergleute läßt bereits folgender, von den Northumberländern beantragter und einstimmig angenommener Beschluß offen:

"Die Föderation unterstützt Northumberland, wenn nötig, mit einem Generalstreik, um folgende Forderungen durchzusetzen:

1. einen Minimallohn von 30 Prozent über die Basis des Jahres 1879;
2. die Abschaffung des Dreischichtenystems."

Damit ist gesagt, daß, wenn die Bechenbesitzer in Northumberland die geforderte Bohnerhöhung von 2½ Prozent auf 30 Prozent über den Grundlohn von 1879 und die Abschaffung des Dreischichtenystems nicht zugeleitet, dann zur Unterstützung der Northumberländer ein Generalstreik aller britischen Kohlenbergleute proklamiert werden kann. Nach unserer Überlegung dürfte es wegen der 2½ prozentigen Lohnförderung allein zu keinem Kampf kommen. Dagegen ist die Differenz wegen des Dreischichtensystems kritisch. Vor dem Aufrütteln des Reichstagsdienstichtgesetzes (1908) für den britischen Bergbau, bis zum 1. Januar 1909, war auch in Nord-England das Dreischichten-system überall üblich. Mit dem Aufrütteln des Gesetzes veränderten die großen Bechen in Northumberland-Durham ihre Arbeitsordnung, statt zu zwei Dritteln sollte zu drei Dritteln angefahren werden. Auch andere Betriebsänderungen traten ein. Deswegen traten am 3. Januar 1910 circa 30 000 Northumberländer und 85 000 Durhame in den Streik ein. Durch Vermittlung der Regierung kam es zwar zu einer Einigung, aber einem großen Teil der Streikenden folgten die Einigungsbedingungen nicht zu. Der Streik wurde gänzlich erst am 8. April in Durham, in Northumberland erst am 15. April beendet. Ein Teil der Gruben behielten das Dreischichten-system bei. Nun soll es ganz befeitigt werden, ebenfalls mit Hilfe eines Generalstreiks. Von den circa 58 000 Bergleuten in Northumberland sind allein 36 000 in dem der britischen Miners Federation angeschlossenen Distriktsverband organisiert. Da es sich aber in dieser Organisation fast nur um Untertagsarbeiter (insgesamt 47 000) handelt und außerdem noch drei Organisationen der aus den Bechen beschäftigten Maschinisten, Feuerleute und Unterbeamten in dem Distrikt bestehen, so werden circa 80 Prozent der für die Betriebe wichtigsten Mannschaften als organisiert in Betracht kommen. Das Vermögen des Northumberländer Miners-Verbundes beläuft sich auf etwa 2 Millionen Mark.

Von ungleich größerer Bedeutung ist der Beschluß betr. die Garantierung eines Minimallohnes. Auch er wurde einstimmig gefasst und lautet:

"Diese Föderation soll sofort Schritte tun, um jedem einzelnen Distrikt einen Minimallohn für alle Männer und Frauen, die in den der Föderation angeschlossenen Gruben arbeiten, ohne Rücksicht auf abnormale Arbeitsstellen zu sichern. Sollten sich die Arbeitgeber weigern, diesem zuzustimmen, dann soll der 21. Paragraph zur Anwendung kommen, um diese Forderung durchzuführen, und eine Konferenz am 14. November einberufen werden zwecks Anwendung des § 21."

Dieser Beschluß ist von einem Berichterstatter für die deutsche Arbeiterpresse irrtümlich ausgelegt worden. Er bedeutet nämlich nicht, daß die Generalversammlung der britischen Miners Federation der Frage der Lohnzahlung an "abnormalen Arbeitsstellen" aus dem Wege gegangen ist. Damit wurde die Generalversammlung den stärksten Widerspruch der organisierten Belegschaften hergerufen haben, da es ihnen gerade auf die Garantie des vereinbarten Minimallohnes an den ungewöhnlich schwierigen Arbeitspunkten ankommt. Wo normale Gewinnungsbedingungen herrschen, da macht die Lohnbereinigung keine Schwierigkeiten. Aber vor solchen Orten, wo trotz angestrengter Tätigkeit die Kameradschaften nicht den tariflichen Minimallohn erreichen können, dort kommt es sehr häufig vor, daß sehr geringere Löhne, häufig nur 3 bis 4 Mark, wenn der Tarif mindestens 6 bis 7 Mark vorsieht, erzielt werden. Um diesem schweren Lebenstand abzuheben, fordern die britischen Bergleute die Garantie eines Mindestlohnes ohne Rücksicht auf abnormale Arbeitsplätze, soll heißen: er soll vor allen Arbeitsorten geahndet werden! So verstehen auch die Führer der britischen Bergarbeiterföderation diesen Beschluß. Anders kann er auch nach Lage der Sache nicht verstanden werden. Denn einen Minimallohn tarif, der die Auszahlung eines unter dem für die betr. Arbeiterschicht vereinbarten Mindestlohnes bleibenden Abforderdienstes zuläßt, besitzen mit zwei oder drei Ausnahmen alle britischen Bergwerksdistrikte. Gerade in dem Distrikt, aus welchen am stärksten auf die Garantie eines Minimallohnes gedrängt wird, Süd-Wales-Monmouthshire, befinden Tarifverträge mit Mindestlöhnen, aber nicht mit der Zu-

Sicherung, sie auch an den „abnormalen Arbeitsplätzen“ zu zahlen, wenn die Forderung hinter dem Mindestlohn zurückbleibt. Das beweist, daß der Beifluss der Generalversammlung der britischen Miners-Federation fürt gelingt die Forderung der Garantie eines Minimallohnes ohne Androhung bedeute.

Dieser Minimallohn soll nicht einheitlich, sondern mit Abstand auf die vorliegenden Besonderheiten für jeden einzelnen Distrikt besonders vereinbart und gesetzlich werden. Nehmen die Werksbesitzer die Forderung ab, so treten die Delegierten der zur Miners Federation gehörenden Districtsverbände am 11. November wieder zusammen „zwecks Anwendung des § 21“. Damit ist der § 21 des Statuts des Bergarbeiterbundes gemeint. Dieser Paragraph bestimmte freilich, daß im Falle einer kapitalistischen Angiffs auf die Löhne (Kohlenförderung) der Bergleute in einem der Federation angeschlossenen Districtsverbände alle ihre Verträge mit den Werksbesitzern zu kündigen hätten, wenn die Konferenz der Miners Federation dies beschließe. In diesem Falle würde also am 11. November ein Generalstreik proklamiert. Die letzte Generalversammlung der britischen Miners Federation hat aber den § 21 dahin verschärft, daß der Generalstreik auch als Angriffswaffe zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Anwendung kommen kann. Dadurch ist der gleichzeitige Beschluss getroffen, den Minimallohn zu einer besonderen Bedeutung zu verleihen.

Zumindest löst das Statut der britischen Miners Federation die Proklamierung eines Generalstreiks zu, wenn die Werksbesitzer die Forderung der Minimallohnsgarantie ablehnen, sei es auch nur in einem Distrikt. Das hat in England alsbald eine gewisse „Panik auf dem Kohlenmarkt“ zuwege gebracht; es erfolgte stärkere Nachfrage der um ihren höheren Herbst- und Winterbedarf besorgten Konsumtiven, die Kohlenpreise zogen an, in der Presse wird das Für und Wider des drohenden Generalstreiks der Kohlengräber erwogen.

Es ist natürlich unmöglich zu prophezeien, was sich bis zum 11. November und nachher ereignen wird. Wenn wir uns über vergangene Ereignisse, welche Erhöhung besonders in Südwales unter den Bergleuten herrscht, mit welcher starken Abneigung die Northumbrianer dem Dreisichtensystem gegenüberstellen, welche Unzufriedenheit die oft tiefer unter den Minimallohnsholdingen befindende Verdienste an den „abnormalen Arbeitsplätzen“ in den meisten Districten erzeugte, wenn wir weiter bedenken, daß die höchsten Beiflüsse einstimmig von einer Konferenz gefaßt wurden, die weit über die Hälfte aus sehr jüngeren überlegenden Gewerkschaftsangehörigen zusammengesetzt war — was auf die Stimmung der Bergleute schließen läßt! — und wenn wir schließlich die noch immer in den britischen Arbeitermassen nachzitternden stürmischen Streitbewegungen im vergangenen Sommer berücksichtigen, dann erscheint uns eine fiedliche Verteilung aller Lohndifferenzen nicht wahrscheinlich! Wobei noch beachtet werden muß, daß bereits am Freitag, den 29. September der engere Vorstand der britischen Miners Federation in London eine Besprechung mit den Vertretern der Werksbesitzerorganisation wegen der Minimallohnfrage hatte. Die Besprechung ist ganzlich resultatlos verlaufen!

Wenn die Miners Federation den Generalstreik der britischen Bergleute erklärte müßte, dann käme es zu einer Arbeitsstörung von nie erlebter Ausdehnung. Im britischen Koblenzbergbau waren Ende 1910 rund 1.000.000 Personen beschäftigt. Die Bergarbeiterorganisationen umfassen fast alle in der Hauptfahrt nur Untertagsarbeiter. Dessen gab es Ende 1910: 848.381. Unter ihnen befanden sich 6600 Studenten von 18 und 14 und 17.000 von 14 bis 16 Jahren. Natürliche sind sie nicht imstande, allein zu arbeiten, es kommt auf die 794.769 erwachsene Untergangsarbeiter an. Nun besitzen die 17 der britischen Miners Federation angeschlossenen Districtsverbände, wenn wir die Bergleute (Cleveland und Cumberland) unberücksichtigen lassen, zusammen etwa 600.000 Mitglieder! Da die Mitglieder unter 18 oder 18 Jahren nur als „Halbmitglieder“ (halber Beitrag) zählen, je zwei solcher „Halbmitglieder“ aber in der Mitgliederberechnung (nach Vollbeiträgen) als ein Mitglied erscheinen, so ist die wirkliche Mitgliederzahl noch höher als 600.000.

Wir zweifeln nicht, daß der Proklamation des Generalstreiks sämtliche Organisationsmitglieder folgen werden. In fast allen Districten dürfte dann ein völliger Betriebsstillstand eintreten, da ja die Untergangsarbeiter durch das Einstellen der Gewinnungsarbeiten zum Feiern gezwungen werden.

Wie Zeichen unrentabel gemacht werden?

III.

Das Bild trostloser Zerjährigkeit, welches uns das in Nr. 40 und 41 der „Bergarbeiter-Zeitung“ anzuzeigen wiedergegebene Gutachten des Herrn Bergassessor Woeste über die Verhältnisse auf Zeche Borussia zeigt, wird noch verstärkt und ergänzt durch den Bericht des schon erwähnten fünfgliedrigen Prüfungsausschusses. Dieser Ausschuß legt sich zusammen aus den Herren Bergwerksdirektor a. D. Dr. Koepke (Bochum), Betriebsführer a. D. W. Verhoeven (Alten bei Dortmund), Betriebsführer a. D. W. Giese (Gelsenkirchen), Bergwerksunternehmer H. Neuhaus (Bochum) und Bankier B. Rothe (Wanne). In dem Bericht des Prüfungsausschusses wird dem Gründervorstand folgende Note ausgestellt:

„Nach eingehenden Beratungen sind wir, die hierzeichneten, zu dem Entschluß gekommen, mit diesem Gründervorstand nicht mehr zu verhandeln, vielmehr uns sofort an unsere Mitgewerken zu wenden, da wir nach all den festgestellten Zuständen und Missständen, wie sie seither, es nicht mit unserer Fähigkeit vereinbaren könnten, mit diesen Gründervorständen weiter zu verhandeln. Wir glaubten hierzu umso weniger Berechtigung zu haben, da der gesuchte Gründervorstand aus dem Bericht des Bergwerksdirektor a. D. Dr. Koepke (Bochum) Betriebsführer a. D. W. Verhoeven (Alten bei Dortmund), Betriebsführer a. D. W. Giese (Gelsenkirchen), Bergwerksunternehmer H. Neuhaus (Bochum) und Bankier B. Rothe (Wanne). In dem Bericht des Prüfungsausschusses wird dem Gründervorstand folgende Note ausgestellt.“

Nach eingehenden Beratungen sind wir, die hierzeichneten, zu dem Entschluß gekommen, mit diesem Gründervorstand nicht mehr zu verhandeln, vielmehr uns sofort an unsere Mitgewerken zu wenden, da wir nach all den festgestellten Zuständen und Missständen, wie sie in den letzten Jahren überwältigt haben und wie sie heute noch bestehen, es nicht mit unserer Fähigkeit vereinbaren könnten, mit diesen Gründervorständen weiter zu verhandeln. Wir glaubten hierzu umso weniger Berechtigung zu haben, da der gesuchte Gründervorstand aus dem Bericht des Bergwerksdirektor a. D. Dr. Koepke (Bochum) Betriebsführer a. D. W. Verhoeven (Alten bei Dortmund), Betriebsführer a. D. W. Giese (Gelsenkirchen), Bergwerksunternehmer H. Neuhaus (Bochum) und Bankier B. Rothe (Wanne). In dem Bericht des Prüfungsausschusses wird dem Gründervorstand folgende Note ausgestellt.“

„Das sind ja recht erbärmliche Zustände! Da braucht man ja über die völlig zerstörten Verhältnisse auf Borussia nicht zu wundern, um Gegenteil, man müßte sich wundern, wenn es anders wäre. Wie der Herr, ja's Gelehrte! Da dieser Mann einen

auch die folgenden Aussführungen des Berichts über die Verwaltungskosten:

„Die abnormale hohen Verwaltungskosten der Gewerkschaft Oelspel, welche im letzten Jahre (1910) mit 80.484 Mark laut Geschäftsbücher der Gewerkschaft Oelspel-Borussia ausgewiesen wurden, sind in Wirklichkeit noch weit höher. So hat man u. a. das Jahreshonorar des technischen Beirats Herrn Waschlowsky mit 4000 Mark pro Jahr nicht über Verwaltungskostenstufe verbucht. Dieser Herr Beirat ist seit dem 1. September 1908 für die Zeche Oelspel tätig. Er bezog außer dem Jahreshonorar von 4000 Mark 0,5 Prozent von sämtlichen Kostenabschlägen, welche durch das Bureau gingen, sowie ferner 10 Prozent von denjenigen Summen, welche sich als Differenz zwischen der jeweils anceptierten Osterte und dem definitiven Begehungsbureau ergab. Je höher also die Osterte war, desto höher war mehr Herr Waschlowsky herunterzuhandeln vermochte, desto höher war sein Extrabeitrag! Wenn schon das Betriebsystem, wie es bei der Zeche Oelspel schon seit Jahren zum großen Schaden der Gewerkschaft und ihrer Gewerken gelitten wurde, nicht zu billigen ist, und darüber hinaus in Gewerkenversammlungen die lebhafte Klagen gestellt wurden, so ist das System, wie es bei Herrn Waschlowsky bestellt wurde, doch geradezu unglaublich. Ob die von Herrn Waschlowsky an seinem Auf und Frommen heruntergehendenden Verträge nicht die Lieferungen beeinträchtigen, sei es qualitativ oder quantitativ, wollen wir dahingestellt sein lassen. Daher durch dieses System der Herr technische Beirat Waschlowsky vom 1. September 1908 bis 31. Dezember 1910 also in 1½ Jahren der Gewerkschaft Oelspel gegen ihren Gewerken 44.651,83 Mark geschrieben. Der Verwaltungskostenabschluß für das Jahr 1910 ist gelöst, sodass für die noch unumgänglich notwendigen Rekontrollen und Umdenkmungen von der zuletzt bewilligten Summe nur noch rund 250.000 Mark verblieben. Es ist nicht zu verneinen, wie unter diesen Umständen in der letzten Versammlung der Grubenvorstand nur 1.000.000 Mark in Vorrichtung bringen sollte, waren doch zu dieser Zeit allein die Bankvorschüsse erheblich höher.“

Es wird dann auf die indirekten Kosten hingewiesen, die dieser technische Herr Beirat der Zeche noch verursacht hat; außerdem sei ein Bautechniker mit einem Jahresgehalt von 2.400 Mark angestellt. Dann heißt es weiter:

„Für den grubentechnischen Beirat Herrn Striebeck wird außer seiner Vorstandskremuneration noch 3.000 Mark pro Jahr gezahlt, außerdem für jede Reise zur Zeche, zur Grubenverwaltung, zur Absprache mit Herrn Waschlowsky außer den Fahrtauslagen pro Reise 25 Mark. Tagessalär. Als Vergänger von Herrn Striebeck hat Herr Dr. Busch, welcher seinen Wohnsitz im Haftrevier hatte, als grubentechnischer Beirat dieselbe Remuneration bezogen. Seit einigen Monaten fungiert außer Herrn Striebeck noch Herr August Weiske als Beirat, welcher pro Stunde 3.000 Mark bezahlt; außerdem liquidiert er die beträchtlichen Reisekosten, die er seinen Wohnsitz in Heimbolschhausen in Thüringen hat und dort auf den beiden Aktiengesellschaften Mansbach und Heimbolschhausen als Director fungiert. Bei letzterer ist auch Herr Dr. Busch Vorsitzender.“

Die Aufgaben eines technischen Beirats können danach keine sonderlich großen sein, wenn Herr Weiske außerdem noch zwei Stellen als Grubendirektor bekleiden kann und man muss sich wundern, daß die Gewerken nicht eher auf Beisetzung dieser kostspieligen und unseres Erachtens recht überflüssigen Einrichtung gedrängt haben. Unverständlich ist es auch, daß Herr Dr. Busch immer noch 5.000 Mark pro Jahr als Repräsentant der nur noch formell bestehenden Gewerkschaft Borussia erhält. Darüber sagt der Bericht:

„In Verwaltungskosten läßt sich bei richtiger Handhabung und Sparzamkeit alles leicht verringern. Unter diesen sind auch in den letzten Jahren pro Jahr 5.000 Mark enthalten, welche Herr Dr. Busch sich als Repräsentant der nur noch formell bestehenden Gewerkschaft Borussia zahlen läßt. Er bezog ferner bisher 2.000 Mark als Vorstandsvorstand der Gewerkschaft Oelspel, 1.000 Mark als juristischer Beirat und Haublerie außerhalb der Vorstandsstellung 25 Mark, ebenso weitere 25 Mark für jedesmalige Fahrt zur Zeche. Reiseauslagen werden extra berechnet. Herrn Dr. Busch eine jährliche Randsale für Porto und Telefon, sowie als Zuschuß für seine Bureaukosten pro Jahr 200 Mark. Wie der Herr Rechtsanwalt Dr. Busch dazu kommt, sich als Repräsentant der Gewerkschaft Borussia 5.000 Mark zahlen zu lassen, ist ratselhaft. Herr Dr. Busch muss wissen, daß vor zwei Jahren in der Gewerkenversammlung Oelspel Herr Gewerke-Direktor Koepke seinen Auftrag auf Auflösung des Grubenvorstandes Borussia ausdrücklich damit motivierte, daß die Vorstandskremuneration in Höhe von 5.000 Mark, welche der Gesamtvorstand Borussia bis dahin bezog, gespart werden sollte. Diesem Auftrag wurde statigegeben und beschlossen, den Grubenvorstand Borussia aufzulösen. Das ist geschehen, trotzdem hat sich Herr Dr. Busch auf die ferne Auszahlung dieser 5.000 Mark für seinen Auftrag allein bestanden und hat sie erhalten. Besonders ist die Gewerkschaft Borussia in die Gewerkschaft Oelspel aufgegangen. Von der Gewerkschaft Borussia sind noch 4 Käufe draußen. Weitere 3 sind im Portefeuille der Gewerkschaft und müssen verkaufen werden; wegen 5 Käufe, welche verfallen und gegenständlos sind, schwebt noch ein Prozeß wegen Herausgabe seitens der Bank, an die sie verpfändet waren. Nach unserer Meinung hätten sich längst Mittel und Wege finden lassen, um die 4 Borussia-Käufe gegenständlos zu machen. Es hätte dann die komplexe Buchführung und Rechnungsart Borussia-Oelspel längst geplatzt werden können. Dem Syndikat gegenüber in Borussia-Oelspel einsam. Es ist wegen der Auflösung der Gewerkschaft Borussia noch nichts erreichtes geschehen; warum? ist nicht ersichtlich, es sei denn, daß man den formellen Repräsentantenposten Borussia mit 5.000 Mark für Herrn Dr. Busch beibehalten wollte. Nach § 21 des Statuts der Gewerkschaft Oelspel sind den Mitgliedern des Grubenvorstandes außer den 5.000 Mark Jahresvergütung nur die Auslagen zu erstatzen; troublen hat Herr Dr. Busch sowohl wie Herr Striebeck außer der Jahresvergütung und außer ihren Auslagen noch jedesmal 25 Mark extra Tagessalär zahlen lassen, während die übrigen Vorstandsmitglieder diese nicht erhalten. Auch das ist nach unserer Erfahrung unglaublich, und wir empfehlen, aus prinzipiellen Gründen die Herren zu erzählen, bis zu Urechte liquidieren und erhaltenen Beträge der Gewerkschaft zurückzugeben, insbesondere wegen der an Herrn Dr. Busch gezahlten 5.000 Mark Jahresvergütung als Vorsteher der Gewerkschaft Borussia vom Tage der Auflösung des Vorstandes Borussia an.“

Diese Aussführungen gestatten uns einen Blick in das Dasein der Kreise, welche vom Schweizer anderer gewaltige Reichtümer zusammenharren und sich dabei noch über die Begehrte Acht der Arbeiter erfreuen. Was wir da sehen, ist rücksichtlose Massaker. Herr Dr. Busch erhält für seine „aufreibende“ Tätigkeit von der Gewerkschaft Borussia-Oelspel 8.000 Mark pro Jahr; 5.000 Mark liquidiert er nach obigem Bericht widerrechtlich als Vorsteher eines Grubenvorstandes, der gar nicht mehr besteht; außerdem läßt er sich auch noch sehr hohe Tagessalär zahlen, die ihm nach dem Bericht ebenfalls nicht zustehen. Wenn man nun weiß, daß Herr Dr. Busch 30 bis 40 derartige Posten inne hat, läßt sich ermeissen, wie gewaltig die Summen sein müssen, die ihm allein aus dieser Reihe in den Schoß fallen. Ist es da ein Wunder, wenn solches Verbiel ansteckend wirkt und auch andere Leute verüben sich auf Kosten anderer das Leben so angenehm als möglich zu machen? Auch da gibt uns der Bericht einen kleinen Einblick, es heißt da:

„Den des kaufmännischen Direktors und eines mit 9 Personen besetzten kaufmännischen Rechnungswartes hat die Gewerkschaft einen ständigen Büchereivorstand besetzt, der hierfür im Jahre 1910: 1.248 Mark bezog. Auch dieser Betrag ist nicht über Verwaltungskostenstufe verbucht, wie überhaupt die für 1910 ausgestellten Vermögenszettel in Höhe von 80.434 Mark nicht lediglich aus Gehaltszahlungen und Gratifikationen an Beamte und Grubenvorstand aus der Steiger und Meister zusammengehen.“

8.144 Mark sind danach 1910 lediglich zu Gehaltszahlungen und Gratifikationen an Beamte und Grubenvorstand verhant worden, wobei die Steiger und Meister nicht einmal eingerechnet sind. Dessen Gehälter und Gratifikationen, die leider nicht angegeben sind, müssen der obigen Summe also noch zugerechnet werden. Aber allein bei soiger Summe entfallen auf jedes Bergarbeitermitglied 82,60 Mark pro Jahr Verwaltungskosten. Über die Gewerkschaft wird u. a. angeführt:

„Seit dem Jahre 1908 sind in die Gewerkschaft Oelspel-Borussia einschließlich der Anteile Borussia von 2 Millionen, 7.100.000 Mark Kapital hinzugekommen.“

„Die Bankprovisionen an die Essener Credit-Anstalt 300.400 Mark bezahlt; auch eine Folge des bekannten Bumsystems des Herrn Dr. Busch, statt die teuren Bankgebühre zu verwenden, hätte man besser bei dem ohnehin genügenden hypothekarischen Belastung der Gewerkschaft Oelspel-Borussia zur richtigen Zeit genugende Zubüche einzuziehen sollen, aber da waren die Biberpreise des Herren Vorstandes noch krasser in die Erscheinung getreten. Wollte man doch schon im Jahre 1907 nach Herrn Dr. Busch mit 300.000 Mark Zubüche endgültig zusammen, um dann später wieder laut Geschäftsbücher für 1908 für den Zehlbetrag von 1.861.380 Mark Mittel aufzubringen zu lassen, um mit der Ausbezugsverteilung beginnen zu können. Nach vorläufiger Aufstellung des Finanzplanes mußten wir leider zu dem Ergebnis kommen, daß zur endgültigen Regelung der Verhältnisse auf Oelspel und um endlich reiner Zich zu machen, ohne weitere Ansprüchenahme der Bank mit der auf sie bezüglichen Zubüche von 1.500.000 Mark noch weitere Mittel von ca. 500.000 Mark durch Zubüche der Gewerkschaft angefordert werden müssen. Von den noch ausstehenden 1.000.000 Mark Zubüche abschließt allein die Essener Credit-Anstalt für Verträge noch 7.800.000 Mark, sodass für die noch unumgänglich notwendigen Rekontrollen und Umdenkmungen von der zuletzt bewilligten Zubüche nur noch rund 250.000 Mark verblieben. Es ist nicht zu verneinen, wie unter diesen Umständen in der letzten Versammlung der Grubenvorstand nur 1.000.000 Mark in Vorrichtung bringen sollte, waren doch zu dieser Zeit allein die Bankvorschüsse erheblich höher.“

Die Finanzwirtschaft zeigt also dasselbe Bild trostloser Verhältnisse wie die übrigen Verhältnisse auf Borussia-Oelspel. 8.100.000 Mark sind von 1908 ab angelegt worden, aber es erscheint alles wie ein Tropfen Wasser auf einem heißen Stein. Die durchschnittliche Zahl der Arbeiter betrug in dieser Zeit 12.180,50 Mark, auf jeden Arbeiter entfällt also ein Betrag von 12.180,50 Mark, welcher in der genannten Zeit angelegt wurde; das Bild ist mehr als trostlos. Die Zubüche, die gezahlt werden würde, ist höher, wie die Summe der Arbeiterlöhne, die in dieser Zeit gezahlt wurde. Dazu sind dann noch die ganzen sonstigen Einnahmen, die in der genannten Zeit erzielt wurden, eingebettet worden. Bezeichnend für die Art, wie gewirtschaftet wurde, sind auch folgende Aussführungen des Berichts:

„Der im letzten Jahre getätigten Gründervererb von ca. 9 Morgen kann von uns nur missbilligt werden, sowohl dem Grunde nach als auch hinsichtlich des dafür gezahlten Preises, zumal dieses Terrain an seiner Straße liegt, also eine Bebauung nicht in Frage kommt und die Gewerkschaft für die Grundfläche keine Verwendung findet. Genauso können wir die Anlage einer so teuren Abschlagsmauer nicht aufheben; man konnte mit einer Betonmauer denselben Zweck erfüllen. Dies hätte die Hälfte gekostet. An allen Ecken und Enden sieht man den Mangel an Sinn für Sparmaßnahmen, dafür aber um so größere Vernachlässigung überall. Es drängt sich einem überall die Neuerzeugung auf, daß die ordnende Hand und genügende Kontrolle fehlt, das hier ein System der Systemlosigkeit wirkt und es an einer energischen Kraft mangelt.“

Ein besonders markantes Kapitel hierzu liefert der auch von Herrn Ingénieur Waschlowsky empfohlene Kauf der alten Wäsche und Kleinfabrik von der Firma Sommerbänke Tiefbau. Wäsche und Kleinfabrik sind im Jahre 1900 erbaut und im Jahre 1908 durch die Gewerkschaft Oelspel von der Zeche Mont-Cenis, welch letztere die Gewerkschaft Sommerbänke Tiefbau erworben hatte, als gebraucht angekauft. Der bezahlte Preis betrug 125.000 Mark und 1908 für Verzugszulagen: Beide Anlagen haben dann demonstriert über 1½ Jahre unter freiem Himmel auf dem Scheiterplate gelegen. Der Wiederaufbau hat sich so lange hingezogen, weil durch Herrn Waschlowsky nicht früher die Belebungen beschafft wurden und weil schließlich viele Teile fehlten, deren Beschaffung und Aufzettung seit erforderte. Der Wiederaufbau der alten Anlagen und die Beschaffung der Frästeile hat außer dem Anschaffungspreise rund 245.200 Mark erfordert, so daß die beiden alten Anlagen insgesamt 371.717 Mark gekostet haben und so zu Buche stehen. Neue moderne Anlagen hätte man weit billiger beschaffen können. Wir haben festgestellt, daß die alte Wäsche, welche in Reserve steht, noch nicht gelassen und auch nicht betriebsfähig ist. Im Betrieb hiervon ist lediglich die Schleuder. Die auf Anfrage erzielte Auskunft: „Die Wäsche läuft wie gesperrt“, ist daher einer von den bekannten Irrtümern.“

Der Bericht gibt dann eine spezialisierte Aufstellung der für die alte Wäsche und Kleinfabrik gemachten Ausgaben und sagt über die weiteren Tagesanlagen:

„Auch in die sonstigen Tagesanlagen der Zeche Oelspel ist übermäßig viel Geld hineingelegt worden. Das gilt u. a. insbesondere von der Maschinenhalle und vom Kesselhäuse. Diese beiden Anlagen sind, was die Raumveränderung angeht, verschwenderisch behandelt worden, und man kommt zu dem Schluß, daß auch hier bei der Errichtung des gleichen Effektes gut etwa 80—100.000 Mark sparsam verbraucht werden können. Das bei der Anlage nicht mit der gebotenen Wirtschaftlichkeit und Sparzamkeit aufgewandte ist, fällt auch hier wieder in erster Linie dem technischen Beirat zur Last.“

Der Bericht sagt dann, die Kokerei und Nebenproduktionsgewinnungsanlage sei im allgemeinen gut und die Auswendungen dafür nicht zu hoch. Dann aber heißt es:

„Es sind aber auch hier Fehler gemacht worden durch die Anlage eines schlecht konstruierten Gasabspurwerkes und Separation, die gegenwärtig bereits umgebaut wird, sowie durch die Anschaffung einer alten Gasgräte in der Nebenproduktionsanlage. Die Ausgaben hierfür sind wohl als wegwerfendes Geld zu betrachten, da diese Maschine bisher überhaupt nicht benutzt wurde.“

Der Bericht sagt dann weiter, daß bei der Anlage des Zechenbahnhofes ebenfalls 100.000 Mark hätten erspart werden können. Über den Zustand des Zechenplatzes heißt es:

„Im Jahresbericht war behauptet, der Platz sei planiert und gründlich gefasst worden. In Wirklichkeit fällt er durch Unsauberkeit auf. Eisensteine, Grubenstangen, Rohre usw., die auf anderen Plätzen sorgfältig gesammelt werden, weil sie Werte gaben, waren auf dem Zechenplatz Oelspel-Borussia, wo man es mit der Sparzamkeit nicht so genau nimmt, einfach vergraben. Man hatte also wohl nur eine Scheineinrichtung und Scheinordnung vor genommen.“

erhält der Exporteur einen Einführungsschein dafür, der einen Wert von 50 Pf. hat. Bei einer Tonne Weizen beträgt der Wert des Einführungsscheins 55 Pf. (so viel beträgt der Zoll beim Einholen fremden Weizens resp. Roggens). Aufgrund dieses Systems sollte im Auslande die Tonne deutschen Roggens 50 Pf. die Tonne deutschen Weizens 55 Pf. weniger als bei uns. Es hat dies zur Folge, daß unser deutsches Getreide nach dem Auslande verkauft wird, während wir es hier sehr notwendig selbst gebrauchen könnten und unter Teuerung leideten. Aber in dieser schweren Zeit hat die Regierung für den Konsumenten kein Herz. Er muss sehen, wo er bleibt. Zum Glück hat er ein brillantes Mittel, nämlich das Mittel der Selbsthilfe. Durch den konfessionellen Zusammenschluß erhält er wenigstens reelle Ware, kostengünstig und unverfälscht und am Jahresende den Überschuss zurück.

Zu keiner anderen Zeit, als in einer Teuerung ist die Mahnung mehr am Platze: Werbet eurer Kraft auch beweist, die im Konsumenten steht, wenn er sich mit Millionen seinesgleichen verbündet. Dieser Ruf nach Organisation des Konsums sollte nicht ungehört verhallen. Der einzelne Mensch wird vom starken Genius leicht geführt, aber das Weltbündnis trogt auch der Kraft des Starterns.

Internationale Rundschau.

Kohlenbewegung der österreichischen Bergleute.

Im Kohlenbezirk Mährisch-Ostrau sind die Verhältnisse der Bergarbeiter so miserabel geworden, daß sie sich entzlossen, durch eine gewaltige Demonstration die Aufmerksamkeit der höchsten Öffentlichkeit auf ihr Elend zu lenken. Sie fand am 5. Oktober statt. Unser Bruderblatt „Glocken“ schreibt darüber: „In Mährisch-Ostrau, vormittags, und in Orlau, nachmittags, fanden zwei Massenmeetinge statt, an denen sich in Ostrau circa 15 000 und in Orlau über 20 000 Teilnehmer beteiligten. Bei beiden Meetingen wurden einstimmig Resolutionen angenommen, in welchen die sofortige Einbeziehung der Bergarbeiter in die Unfallversicherung, die sofortige Reform der Bergarbeiterversicherung überhaupt und die Anpassung der Bruderklausen an die Besetzung über die Bezirkskantonskassen gefordert wurde. Sollte dieser Aktion nichts ehestens Rechnung getragen werden, sind die Bergarbeiter entzlossen, die Zahlung der Bruderklausenbeiträge zu verzögern. Außerdem wurde die sofortige Einberufung des Gönningkamtes zum Zweck der Verhandlungen über die Regelung der Löhne und Arbeitsverhältnisse, und vom Parlamente die schleunigste Erledigung der die Bergarbeiter betreffenden Gesetzesvorlagen gefordert. Zum Schluß wurde abschließend an die gegen die Teuerung verantwortlichen Kombinationen verlangt, das Parlament und die Gemeinden mögliche Schleunigung aller Vorlehrungen treffen, um die bestehende Lebensmittelsteuerung zu beheben. Diese impulsive Demonstration ist ohne die geringste Auseinandersetzung vollkommen friedlich verlaufen.“

Arbeiterschutz beim Bergbau in Belgien.

Das Gesetz vom 5. Juni 1911, durch welches die Gesetze vom 21. April 1910 und 2. Mai 1888, betreffend Bergwerke und Steinbrüche, teilweise ergänzt und abgeändert werden, enthält u. a. im Titel II einige Bestimmungen über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern, welche lauten:

Artikel 23. Vom Beginn des dritten der Ablösung dieses Gesetzes folgenden Jahres an dürfen Frauen zu Unterlagerarbeiten nicht verwendet werden; das gleiche Verbot gilt auch für Knaben unter 14 Jahren.

Artikel 24. Die Bergwerksunternehmer müssen den Arbeitern Durchläder zur Verfügung stellen.

Ein königlicher Erlass wird die Bedingungen, unter welchen bei jedem im Betrieb befindlichen Kohlenbergwerk Durchläder eingerichtet werden sollen, sowie die Fristen für deren Zubereitung festsetzen.

Artikel 25. Die Bergwerksunternehmer sind verboten, in ihre Betriebsordnungen die in diesem Titel enthaltenen Vorschriften aufzunehmen.

Sie sind verpflichtet, die von der Bergbehörde für die Kontrolle notwendig erachteten Register zu führen.

Artikel 26. Unabhängig von ihren gebräuchlichen Befreiungen sind die Bergbauingenieure mit der Überwachung der Durchführung aller in diesem Titel enthaltenen Vorschriften betraut.

Sie haben freien Eintritt in die ihrer Aufsicht unterstellten Betriebe.

Sie können die Vorweisung aller obligatorisch zu führenden Dokumente verlangen.

Die Bergwerksunternehmer, ihre Aufseher und Arbeiter haben die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Aus der holländischen Bergarbeiterbewegung.

Der „Minenarbeiter“, das Organ unseres holländischen Bruderbandes, teilt interessante Auszüge aus dem Bericht der holländischen Berginspektion mit. Danach ist die dortige Bergwerksindustrie in ständigem Aufsteigen begriffen. Es hat betragen die

Kohlenförderung		Zahl der Arbeiter		Zahl der Todesfälle	
	in Tonnen	unter Tage	über Tage	unter Tage	über Tage
1905	486 706	1 794	723	2	1
1906	584 659	1 955	749	5	-
1907	722 824	2 803	1 242	6	1
1908	908 201	3 578	1 498	5	7
1909	1 120 842	4 262	1 550	5	1
1910	1 202 280	4 900	1 755	6	2

Auf 1 000 Arbeiter sind von 1905 bis 1910 unter Tage 1,11–2,58, über Tage 1,03–2,36 tödlich verunglückt. Die junge holländische Kohlenindustrie hat also schon verhältnismäßig zahlreiche Minenopfer gebracht. Der Inspektionsbericht berechnet, daß wenn die Entwicklung des Kohlenbergbaues ungehemmt weiter ginge, sie 1915 bereits 10 000, 1920: 20 000, 1930: 40 000 Arbeiter benötigen würde.

Knappshaftliches.

Außerordentliche Vorstandssitzung des Allgemeinen Knapphaftvereins Bochum.

Zur 13. Oktober fand in Bochum eine außerordentliche Sitzung des Vorstandes des Allgemeinen Knapphaftvereins statt. Die Wiederholung einer außerordentlichen Vorstandssitzung war Stellungnahme zu der Frage, ob für den Allgemeinen Knapphaftverein ein besonderes Überversicherungskonto geschaffen werden sollte. Diese Frage wurde besagt und mit einstimmig entschieden befohlen. Außerdem fanden in dieser Sitzung die Abstimmungen zu wiederholenden Abstimmungen über Anträge statt, bei denen in der vorherigen Sitzung Stimmengleichheit zu verzeichnen war. Es wurde zunächst darüber abgestimmt, ob die Verträge zur Pensionskasse um einen Beurkundungschein ermächtigt werden sollen (vgl. den Bericht über die vorherige Vorstandssitzung). Die diesmalige Abstimmung ergab wieder Stimmengleichheit, indem die Arbeitervertreter wieder geschlossen gegen die Herausgabe waren. Die Werkvertreter werden nun die Entscheidung des Oberbergamtes erwarten. Ferner wurde nochmals abgestimmt über den Antrag des Verbandsrätes des Geschäftsbüros des Gelsenkirchener, auf Übernahmehilfe der Kosten der Wurmuntersuchung bei den die Arbeitsstelle wechselnden Mitgliedern. Auch diese Abstimmung ergab wieder Stimmengleichheit, da die Werksbesitzer geschlossen gegen den Antrag standen. Endlich fand die nachmalige Abstimmung darüber statt, ob der Frau des in der Heilstätte Beringhausen untergebrachten Bergmanns Mr. Goldbach der Gelsenkirchener das ganze Krankengeld als Familienunterstützung gewährt werden soll. Da auch gegen diesen Antrag die Werksbesitzer wieder geschlossen stimmten, wurde derselbe endgültig mit Stimmengleichheit abgelehnt. Seitens der Werksbesitzer wurde in der Sitzung noch gerügt, daß sie sich bei Verhandlungen der Oberältesten vorgekommen würden, ohne daß den Sprengelältesten von dem Personentausch Kenntnis gegeben wird. Die Werksbesitzer und die Vertretung sind jedoch der Ansicht, daß die Altesten nicht zu wissen brauchen, wenn ein solcher Wechsel eintrete. Abhöre wurde also nicht zugesagt.

Wie die Abstimmung über die Beitragssherabsetzung um einen Pfennig pro Woche zeigt, halten die Werksbesitzer also an ihrem Plan fest, die reichsgesetzlichen Höchstbetrückschriften zur Hälfte auf die Knapphaftleistungen aufzuziehen. Damit beweisen sie, daß ihnen nichts daran gelegen ist, mit den Arbeitern in Frieden zu leben. Leichter können ihre Zustimmung aber nicht zu den geplanten Auszahlungen geben und die Knapphaftleistungen werden derselben auch nicht zustimmen. Es wird also tatsächlich einen Kampf um einen Pfennig geben!

Sitzung der Altesten der Kommission Gelsenkirchen.

Die Knapphaftälteste der Kommission Gelsenkirchen hielten am 1. Oktober ihre Quartalsversammlung im „Volkshaus“ zu Gelsenkirchen ab. Um 9 Uhr wurde die Versammlung vom Vorständen Hartenberg eröffnet. Es fehlte ohne Entschuldigung: Schmidt-Gebing, Rosenow-

Gelsenkirchen sowie Krause-Buer; als frisch war Egenmann-Gelsenkirchen gemeldet. In den Bericht des Vorstandsrätes schloß sich eine rechte Diskussion über die Reichsversicherungsordnung. Es wurde ein Antrag einstimmig angenommen, wonach vor der Knapphaftleistungserhebung in allen Sprengeln Mitgliedervertammlungen abzuhalten werden sollen, damit die Knapphaftleistung über die Versammlungen der Reichsversicherungsordnung abgestellt werden. Für den ausgetriebenen Altesten Schlosser wurde der Alteste Tomas in die Versammlung gewählt.

Misstände auf den Gruben.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Breche Engelsburg. Der Name dieser Breche ist verdorben, doch soll sie niemand dadurch verleiten lassen, dort hinzugekommen. Die Braußen befinden sich in einem schlechten Zustand und laufen teilweise nicht einmal; das kann man sein Waschen nennen, sondern ein Schnappen nach einem Tropfen Wasser. Das Getränk ist sehr groß, man glaubt sich beim Schnapptausch in einen Kirmesstrubel versetzt. Der Querschlag, der nach Alteier VI führt, ist sehr nah und schmutzig und müßt besser trocken und rein gehalten werden. Der elektrische Strom wird schon eingeschaltet, bevor die Arbeiter alle die Strecken passiert haben, wodurch sie gefährdet werden. Die Warnungstaten sind unter diesen Umständen für die Art. Der Steiger X verletzt durch sein vorsätzliches Denken den Arbeitern gegenüber. Wenn der Herr glaubt, dadurch imponieren zu können, ist er auf dem Holzweg. An seinem Meister werden auch recht niedrige Löhne verdient, ja die meisten klagen über schlechte Löhne kommen aus seinem Meister. Das ist für einen Steiger ein recht schlechtes Zeichen, in einem gut geleiteten Meister müssen schlechte Löhne eine Seltenheit sein, das beweisen auch unsere Artikel über Wirtschaft auf Borussia. Im Meister X soll auch die Erfahrung, daß für einen Sicherheitsmann erschlagen, doch hört und sieht man nichts davon. Was sagt dazu die Bergbehörde?

Breche Graf Bismarck I und IV. „Wir ersuchen Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspräsidenten, folgende Verrichtung zu veröffentlichen: In Nr. 30 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 9. September 1911, Seite 6, befindet sich unter dem Stichwort „Zeche Graf Bismarck I und IV“ eine Notiz, in der es in unserer Veröffentlichung (Nr. 33 der „Bergarbeiter-Zeitung“) enthaltenen Angaben als unzutreffend bezeichnet werden. Mit Bezug auf unsere Behauptung, daß der am 14. Juni verletzte Bauer Strübb gewünscht habe, mit der Karre nach Hause transportiert zu werden, wird gesagt, der Verletzte hätte das erste halbe neunzig in Hessen, was sich ihm darbot, da ihm die Verwaltung kein anderes Transportmittel verschafft habe. Ein Krankenwagen sei nicht zur Stelle gewesen. Diese Behauptung ist unwahr. Ein Krankenwagen ist stets auf der Bude vorhanden. Der Verletzte hat auf die Frage des Schreinermasters Leitz, ob er im Krankenwagen oder mit der Karre gefahren werden wolle, die Karre gewünscht. Ebenso ist es unhöflich, daß unter Tage keine Tragbahre vorhanden gewesen sei. Eine Tragbahre wurde, wie auch von dem Sicherheitsmann des französischen Reviers, dem Arbeiter Spanka, begegnet wird, von dem Schreinermaster Bismarck sofort zur Unfallstelle geschafft. — Steinbruchbergwerk Graf Bismarck. (Namen unleserlich).

Verrichtungen brauchen nicht wahr zu sein; die Wichtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen. Entscheidungen des Oberberggerichts Preußen, der Amtsgerichte Helligenstadt, Ternitz und Jülich. — Zeche Graf Moltke III/IV. Auf dieser Breche steht das Strafmeilen in voller Höhe. Hauptfördern wegen unreinen Kohlen. Wer hier das Glück hat, in Alz „Sedan“ zu arbeiten, der ist sich auch gegenwärtig, daß er im Monat bis zu 5–6 Mark Strafe zu zahlen hat, wegen vorstrioswidriger Förderung. Bei der Strafberechnung besteht ein ganz ehrgeiziger Modus und kann mancher der Kameraden nicht begreifen, wie die Summe so herauskommt, oder wie das diskutiert wird. Diese Rechnung stellt sich nämlich nach folgendem Modus dar. Es heißt z. B. Kohlennummer 1, 1 Wagen = 0,90 Pf., pro Person 0,25 Pf. Nun haben aber die Kameradschaften durchschnittlich 6–8 Mann. Nach unserer Rechnung würde es z. B. mit 1 Wagen 0,90 Pf. bei einer Kameradschaft von 6 Mann heißen müssen pro Person 0,15 Pf. In der Höhe der Strafe für den Wagen kann man aber auch die Höhe des Gedinges sehen. Würde das Gedinge nach der Höhe der Strafberechnung stehen, dann hätten die Kumpels Zeit, die Steine auszutüpfeln. Dann kann man sie nur „z. von dem zu fördern, was heute verlangt wird. Aber bei dem Gedinge, wie es jetzt steht, ist es keinem Menschen möglich reine Kohlen zu liefern und dann noch Lohn zu verdienen, um eine Familie zu ernähren. Auch wohl dem Herrn Betriebsführer selbst nicht. So werden denn täglich 70–80 Mark Strafe ausgeschlagen für unreine Kohlen. Was aber in Wirklichkeit 10–15 Pf. ausmacht, wenn man 8 Mann pro Kameradschaft und 0,90 Pf. für den Wagen nimmt. Unter 0,25 Pf. pro Person gibt es nichts. Da mag ein Gedinge stehen, wie es will, ob es 0,75 oder 1–1,5 Pf. oder 1,20 Pf. für den Wagen gibt. Leicht beiden Zahlen dürften wohl in Alz „Sedan“ in den Streben nicht mehr angreifen sein. Es ist auch schon vorgekommen, daß der Betriebsführer bei der Rechnung, also er bei einer Partie ein paar Steine im Wagen fand, mit der Absicht drohte, den Kumpel über dann, wie er sich die Abfahrt holen wollte, anfahren hieß. Wenn der Herr Betriebsführer meint, durch solches Vorgehen würde sich die Sache ändern, so ist er im Irrtum. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise dran, wenn 5–10 Pf. voll sind, hört ja auf.“ Hier ist es die höchste Zeit, daß Remedy geschossen wird. Und die Kameraden, sieht diesem Treiben nicht mit Ruhe zu, sondern öffnet den Augen. Dieses tolle Strafsystem ist ein guter Agitationststoff, berührt ihn deshalb auch, hier ist er im Extrem. Erst ein unangenehmes Gedinge, damit Zeit da ist, die Steine auszutüpfeln, dann werden auch keine Kohlen kommen. Hier bleibt aber nichts anderes übrig, als „leise

von ihrem Chef bestimmen! Schon war es wiederholt zu beständigen Zusammensätzen auf dem Gewerkschaftsbüro zusammengekommen, wo die Tochter Brusius den Beamten wie den Schulbuben drohte: „Wer ist nur, wenn Papa kommt!“ Glaubt denn der „Bergknappe“, zu und seien noch seine Verärgerungen aus seiner Organisation gekommen, die uns allehand Internats aus dem „Zusammensetzen“ des Gewerkschaftsbüros überbrachten, von denen wir Gebrauch gemacht hätten, wenn uns eine solche Unterstützung von Querulantin, wie sie überall auftreten, nicht einfach abwenden erschien? Wenn der nach wiederholter und ernster Verwarnung endlich geschildigte Verbandsbeamte S. im Gewerkschaftsbüro ankam, schon längst wäre er entlassen worden, das steht fest. Und den würdigen Misseschäden hätten wir nicht mit der Anstellung im Verbund „Bergknappen“ üben, aber der Mann ist weder fähig noch zuverlässig. Er ist ein Ablösungsrat, den höchstens seine neuen Konsistaten Freunde ernst nehmen. Seine tiefen Sünden lädt die Mitteilung des „Bergknappen“, es „verlautet“ (11) „in Wölde“ folgt „wieder ein neues Blugblatt gegen die Verbandsleitung“ herauszumachen. Diese Wissenschaft des „Bergknappen“ ist ja sehr interessant, hoffentlich erschafft er auch und teilt uns mit, wer denn die Bruderschaften dieses „in Wölde“ zu erwartenden Blugblatts bezahlt. Wir möchten gerne wissen, wer sich in diese Unkosten für eine von vorherhin verunglückte „Staatsaktion“ stürzen will. Es scheint, als ob die schweizerischen Freunde ernst nehmen. Gehen Sie tiefen Sünden lädt die Mitteilung des „Bergknappen“, es „verlautet“ (11) „in Wölde“ folgt „wieder ein neues Blugblatt gegen die Verbandsleitung“ herauszumachen. Diese Wissenschaft des „Bergknappen“ ist ja sehr interessant, hoffentlich erschafft er auch und teilt uns mit, wer denn die Bruderschaften dieses „in Wölde“ zu erwartenden Blugblatts bezahlt. Wir möchten gerne wissen, wer sich in diese Unkosten für eine von vorherhin verunglückte „Staatsaktion“ stürzen will. Es scheint, als ob die schweizerischen Freunde ernst nehmen.

Der „Bergknappe“ fragt sehr neugierig, ob es der Verbandsleitung vor der Anstellung Krebs nicht bekannt geworden sei, daß dieser „seiner“ schon mit dem Rüttelthaus in Berührung gekommen ist? Wenn, neugieriger fragt, das war der Verbandsleitung nicht wahr ist. Die Verbandsleitung erfuhr erst nach der Flucht des Krebs, daß dieser vor Jahren wegen Landfriedensbruch eine längere Gefängnisstrafe verhängt wurde. Das war die Folge einer Schlägerei, in der Krebs mitbeteiligt war. Wie gesagt, auch davon wußte die Verbandsleitung bis vor einigen Wochen nichts. Aber will denn der „Bergknappe“ etwa sagen, daß die Verurteilung wegen Landfriedensbruch den Verurteilten vertrauenswürdig macht? Dann wäre ja die zahlreichen Mitglieder vom Zentrumsverein, die wohl infolge von Beteiligung an Strafanträgen und Strafauflagen z.B. in Scheibenberg, Saaralben, Würselen usw. wegen Landfriedensbruch zu Gefängnis verurteilt worden sind, vertrauenswürdige Gedanken! Wir halten solche Verurteilte nicht für vertrauenswürdig!

Aber der „Bergknappe“ erlaubt nun wohl auch uns eine neugierige Frage: Ist ihm bekannt, daß einer der bekanntesten Gewerkschaftsführer wegen sehr schwerer Körperverletzung eine mehrjährige Gefängnisstrafe verhängt hat? Uns ist das seit Jahren wohlbekannt, wir aber haben den Gewerkschaftsführer, als er von nationalliberaler Seite wegen seiner Vorstrafe angepöbelt wurde, in Schutz genommen. Wir haben gesagt undbleiben dabei, daß man einen Menschen wegen einer solchen, überdies nicht ehrenvollen Verfehlung, für die er gebüßt hat, nicht als bescholten ansehen darf. Wir würden die Sache nicht einmal erörtern, wenn uns die Unverantwortlichkeit des „Bergknappen“ nicht gezeigt hätte, ihn dringend zu ersuchen, sich etwas christliche Nachsicht gegenüber den Sünden der nicht zu seiner Gesellschaft gehörenden Mitmenschen anzugehören, da es in der nächsten Umgebung des „Bergknappen“ durchaus nicht an „bescholtenen“ Sünden fehlt.

Der Heinrichbrief macht Schule.

Unter der klugen Überschrift: „Dem Gegner gegenüber man zur Wahrheit nicht verpflichtet“, mache der „Bergknappe“ in der Nr. 40 unserer Zeitung den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit. Zur Befristigung seiner Vorwürfe drückt der „Bergknappe“ nachstehende angebliche Erklärung ab:

„Erklärung. Der Unterzeichnete erklärt hiermit: 1. daß ich vom 4. Februar bis 9. März (einschließlich) und vom 17. März bis 8. April 1911 (einschließlich) frisch seierte. Für diese Krankenzeit reichte ich vom alten Bergarbeiterverbund an Kransberg 12 Mark (zwei Mark). Diese Summe wurde mir vom Vorsteheren der Bahnstelle Eilen-Altdorf, Gottlieb Reit, ausgeschüttet, und zwar am 4. März 1911 7,20 M. und am 8. April 1911 4,80 M. 2. Ich bin freiwillig und aus eigenem Antriebe zum Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter übergetreten. Ich habe auch mein Mitgliedsbuch des alten Bergarbeiterverbundes freiwillig an Aukenthal (christlicher Bergbaumann) abgegeben. Es ist daher unwahr, wenn die „Bergarbeiter-Zeitung“ schreibt, Aukenthal habe sich das Mitgliedsbuch widerrechtlich angeeignet.“

Eilen-West IV, den 25. September 1911.

Johann Thamm.“

Diese „Erklärung“ hat Kamerad Thamm weder geschrieben, noch unterschrieben. Er sandte uns deshalb nachstehende Zuschrift, welche die „Erklärung“ im „Bergknappen“ als pure Fälschung kennzeichnet:

„Ich Endesunterzeichneter erkläre hiermit, daß ich mit der Erklärung im „Bergknappen“ (Nr. 40 vom 7. Oktober 1911) nichts zu tun habe und daß ich nicht 12 Mark, sondern 15 Mark an Kransberg erhalten habe. Ferner erkläre ich, daß ich nicht dem Gewerkschaftsverein als Mitglied angehöre, sondern noch immer, wie auch früher, Mitglied des Verbandes bin.“

Eilen-West, den 9. Oktober 1911.

Johann Thamm.“

Unsere Leser mögen nach obigen urteilen, ob wir oder der „Bergknappe“ dem Grundsatz huldigen: „Dem Gegner gegenüber man zur Wahrheit nicht verpflichtet.“ Wer seine eigenen Leser in solcher Art mit erdichteten Erklärungen auflegt, dem ist mancherlei zuzutrauen.

Heute mir, morgen Dir!

Die „Braunschweiger Landeszeitung“ wußte sich vor Entrüstung über den Fall Krebs kaum zu raffen. Sie berichtete darüber unter der vielzähligen Überschrift: „Wieder ein jüngerer Genosse“. Raum sind einige Wochen darüber ins Land gegangen, da wird aus Braunschweig berichtet:

Der hochangesehene Staatsanwalt, Vorsteher der Handwerkskammer und Inhaber zahlreicher Ehrenämter, Sozialminister Kari Uebeloh, endete vorige Woche durch Selbstmord. Bald nach seinem Ende entstand unter den Braunschweiger Domänenfernern eine hochgradige Beunruhigung, die sich bald als sehr begründet herausstellte. Uebeloh war nämlich auch Vorsteher und Geschäftsführer der Innungsbank, einer mittelständischen Betriebsgründung. Es ergab sich, daß Uebeloh dieses Amt zw. Jahren in unverantwortlicher Weise geführt hat. Er nahm die Gelder der Handwerker als Spar- und Depotmitteln an und ging auf der anderen Seite ganz erhebliche Bezugsverpflichtungen auf die Baufirma ein, ohne über die Gesetzte regelrecht Buch zu führen. Als er nicht mehr weiter konnte und ein Eingreifen der Staatsanwaltschaft befürchtete musste, griff er zum Selbstmord. Das Urteil in der Runde der Innungsbank bestätigte die langsame Verfolgung gegen 200 000 Mark. Für viele Einlagen, unter anderem 2600 M. für ein Handwerkeralterheim, ließen sich weder Geld noch Belege finden. Die Aufsichtsratsmitglieder der Innungsbank geben sich die größte Mühe, sie zu rüsten, doch wird aus der Zusammenbruch schwer zuhalten lassen.“

Gestern noch auf Italien los, „statisch entrüstet“ über die Sünden der Genossen, steht heute die „Braunschweiger Landeszeitung“ vor der Niederschrifftung eines ihrer Lieblinge, einer der ersten „Erziehungsführer“ und Genossenfreier im Bereich der „Landeszeitung“. Wenn wir nur schreiben, jene verbrecherische „Erziehungsführer“ sei der typische Repräsentant der „Gütegenüten“, dann würden wir so handeln wie die „Braunschweiger Landeszeitung“ gegen uns gehandelt hat.

Erklärung.

Auf Grund der Polemiken der „Westfälischen Volkszeitung“ erkläre ich, daß ich obengenanntes Blatt weder zu meinem Anwalt gemacht noch in einer Weise betr. meiner Kündigung veranlaßt, für mich zu schreiben. Ich sehe dieser Zeitung gänzlich fern.

A. Seifert, Expedient der „Bergar.-Ztg.“

Berichtigung!

In unserem Lettartikel der vorigen Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“, „Stampf um einen Pfennig“ ist in der zweiten Spalte der Berichtigung der Waffenentente ein Dratum unterlaufen. Es heißt dort: „Eine Waffe erhält 1/2 = 5,18 Mark.“ Der hier angegebene Betrag ist 1/2 des Grundbeitrages und der Steuerabgabe, welche der verstorbenen Hauptmannscheiter in dem angenommenen Falle gehabt haben würde. Es muß also anstatt 5,18 Mark heben 15,48 Mark. Die Beiträge der vier Personen wurden sich demnach wie folgt teilen: 20,94 M. + 15,48 M. + 5,18 M. + 125,00 M. = 170,57 M. Davon würden, falls der Plan der Reichsbesitzer begünstiglich der Aufrechnung verwirklicht wird, die Reichsaufschläge im Betrage von 125,00 Mark zur Auszahlung gelangen, während ihnen der Rest, also 5,57 Mark genommen würde. Der Schaden, den diese vier Personen bei der Aufrechnung erleiden würden, ist also noch erheblich größer, als im vorigen Artikel angegeben.

Die Reichspost im Dienste der Schärfmacher?

Das Organ des Steigerverbundes, „Der Technische Grubenbeamte“, brachte in seiner Nummer vom 8. Oktober eine Klusen erregende Mitteilung, welche die Postbehörde schärfer belastet. Auf einer Seite von Jochen sind danach eine Anzahl Steiger, die dem Steigerverbund angehören, vor ihre Vorgesetzten beschieden worden, wo man ihnen die Alternative stellte, entweder aus dem Steigerverbund auszutreten oder ihre Stellung aufzugeben.

Dass die Begehrverwaltungen in dieser Weise mit dem Koalitionsrecht ihrer Angestellten umspringen, nimmt nicht weiter wunder, man ist das bei dieser Sorte Schärfmacher gewöhnt. Die Frage ist nur: Woher wissen die Grubenverwaltungen die Namen der organisierten Steiger? Einigen der mit Maßregelung bedrohten ist gesagt worden, daß der Verbandsvorsteher habe die Mitgliederliste ausgesetzt. Das erklärt dieser für eine Verleumdung wider besseres Wissen. Die Verbandsleitung hat im Gegenteil ihr möglichst getan, um die Mitgliedschaft geheim zu halten. Sie verbündet die Zeitschrift unter Autoren, vielfach sogar in geschlossenem Kreis, und hält keine Versammlungen ab. Woher also die Kenntnis? Die Verbandsleitung behauptet, daß eine Indizierung der Geschäftsführer oder der Direktion ausgeschlossen sei und doch nur durch amtliche Mitteilung ein Leiter des Begehrverwaltungen die Adressen erfahren haben kann, der sie dann den Begehrverwaltungen zusende. Die vorstehigen Ausführungen der Zeitschrift gipfeln in folgendem Schluss:

„Wie wir aus den Mitteilungen der Kollegen, die zum Austritt aufgefordert wurden, ersehen, sind die Adressen nur zum Teil in Erfahrung gebracht worden, und zwar kommen nur einzelne Beispiele in Frage. Daraus ist zu schließen, daß entweder nur ein Teil der Seindburg in Essen selbst den Steigern in die Hände gelangt ist, oder aber daß in den einzelnen Postorten Ermittlungen angestellt worden sind, die zum Teil geführt haben. So sind z.B. die großen Städte wie Essen, Dortmund, Gelsenkirchen nicht vertreten, was besonders für das letztere spricht. Daß einzelne Postbeamte es in bezug auf die Angabe der Empfänger von Briefen nicht so genau nehmen, ist uns von früher her bekannt. Wir haben schon trübe Erfahrungen hinter uns. Die Leute wissen ja auch nicht, daß die Stellung des Empfängers von dieser einen Mitteilung abhängt.“

Die Postbehörde wird sich hoffentlich bald an dieser schwierigen Aufzählung äußern. Oder bedarf es erst einer energischen Anfrage im Reichstag, um Herrn Krämer die Zunge zu lösen?

Der „Bergknappe“ gegen unsere Verbandskameraden.

Den größten Teil seines losbaren Namens verwendet der „Bergknappe“ ebenfalls bezüglich unseres Verbandes und seine Mitglieder herunterzureißen, ein Beweis, daß die Vertretung der Arbeiterinteressen ihm recht gleichgültig ist. So beschäftigt er sich in seiner Nr. 40 in einer Notiz von 81 Zeilen mit den Verhältnissen auf Zeche Humboldt; ganze 10 Zeilen sind davon den Wirklichkeiten, 24 Zeilen aber unseren Verbandskameraden gewidmet. Die Notiz ist von einer solchen Geschäftigkeit gegen unsere Verbandskameraden getragen und in einem so leidlichen schadhaften Ton gehalten, daß man sich des Eindrucks nicht erweichen kann, es kommt dem Schreiber nicht auf Befriedigung der Wirklichkeiten an, sondern nur darauf, unseren Kameraden eine auszunützigen. Was über die schlechten Löhne gesagt wird, stimmt; aber daran sind doch unsere Verbandskameraden nicht schuld, ebenso wenig an den übrigen Beziehungen. Wir haben noch nicht befreit, daß es Verbandsmitglied ist, die Unverschämtheit verübt, das Geschlecht aber noch in viel größerem Maße von Mitgliedern des Zentrumsvereins. Der „Bergknappe“ soll die einmal Unschau in seinen „Hochburgen“ halten, da kann er sein blaues Wunder erleben. Wo immer hübsch bei der Wahrheit bleibt, lieber „Bergknappe“, wenn auch schwer fällt. Ein Oberstreichhalb soll sich sogar aus einer Arbeit, die mit drei Dritteln belegt war, herausgemeldet haben, weil er seine Überredichten verfahren konnte. Weiter heißt es in der Notiz: „Es ist noch in frischer Erinnerung, daß ein Delegierter, der die Generalversammlung des roten Verbandes in diesem Jahre in Pöhlau besuchte, dem Steiger entgegnete: Er brauche keine 6 und nicht Mark mehr zu verdienen, er könne es auch mit 4,50 M. dann verhängt er noch nicht. Dieses besagt genug.“ Diese Behauptungen sind natürlich von Anfang bis Ende aus den Fingern geflogen. Der „Bergknappe“ hat hier so stark aufgetragen, daß sogar ein christlicher Kamerad seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben hat. Das dürfte zur Kennzeichnung des nur von blindem Hass dikturierten Geschreibels jedenfalls genügen.

Wie man mit Sicherheitsmännern umgeht.

Zu denjenigen Zeiten, die aus ihrer Abneigung gegen die Sicherheitsmänner kein Hehl machen, hat sich neuerdings noch die Zeche Roland in Oberhausen gesetzt. So lange die Sicherheitsmänner sich eine Bejährlung ihrer Rechte gefallen ließen, hat man sich seitens der Betriebsleitung mit ihrer Existenz abgeführt. Zur offenen Kehle kam es erst, als wegen einer Bescheinigung ihrer Rechte einige Sicherheitsmänner den Beischwerdetag einzulösen. Es handelte sich hierbei darum, daß der Betriebsführer anfangs auf die Temperaturmessung verboten hatte. Selbstverständlich gab die Postbehörde den Beschwerdeführern Recht. Seitdem ist ein förmliches Appellieren gegen einen der betreffenden Sicherheitsmänner zu beschämen. Dieser Kamerad E. soll jetzt dafür bluten, daß die Begehrverwaltung in ihrem Herrnlosen entgegnete: Er brauche keine 6 und nicht Mark mehr zu verdienen, er könne es auch mit 4,50 M. dann verhängt er noch nicht. Dieses besagt genug.“ Diese Behauptungen sind natürlich von Anfang bis Ende aus den Fingern geflogen. Der „Bergknappe“ hat hier so stark aufgetragen, daß sogar ein christlicher Kamerad seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben hat. Das dürfte zur Kennzeichnung des nur von blindem Hass dikturierten Geschreibels jedenfalls genügen.

Kamerad E. hatte am 12. Juli ganz beiläufig beim Betriebsführer um Urlaub angefragt, um am internationalen Bergarbeiterkongress als Delegierter teilnehmen zu können, jedoch keine bestimmte Antwort erhalten. Als er dann am 18. Juli frisch feierte, schickte ihm die Betriebsleitung per Einschreibeschein den Bescheid, daß er auf Urlaub nicht zu rechnen habe. Gleichzeitig wurde er auf § 80i des Allgemeinen Berggesetzes verweisen (Auscheiden eines Sicherheitsmannes). Wenn die Betriebsleitung gegeißelt hat, Kamerad E. wurde nun zu Kreuze tragen, so war sie im Irrtum. Er brauchte von ihr keinen Urlaub, denn der Arzt stellte fest, daß er ein Herzleiden und Rheumatismus leide und einige Zeit zur Erholung feiern müsse. Togar einen achtjährigen Urlaub bewilligte der Arzt, als er vernahm, daß E. Gelernteit habe. Sculpt zu genießen. Seitdem ist ein förmliches Appellieren gegen einen der betreffenden Sicherheitsmänner zu beschämen. Dieser Kamerad E. soll jetzt dafür bluten, daß die Begehrverwaltung in ihrem Herrnlosen entgegnete: Er brauche keine 6 und nicht Mark mehr zu verdienen, er könne es auch mit 4,50 M. dann verhängt er noch nicht. Dieses besagt genug.“ Diese Behauptungen sind natürlich von Anfang bis Ende aus den Fingern geflogen. Der „Bergknappe“ hat hier so stark aufgetragen, daß sogar ein christlicher Kamerad seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben hat. Das dürfte zur Kennzeichnung des nur von blindem Hass dikturierten Geschreibels jedenfalls genügen.

Kamerad E. hatte am 12. Juli ganz beiläufig beim Betriebsführer um Urlaub angefragt, um am internationalen Bergarbeiterkongress als Delegierter teilnehmen zu können, jedoch keine bestimmte Antwort erhalten. Als er dann am 18. Juli frisch feierte, schickte ihm die Betriebsleitung per Einschreibeschein den Bescheid, daß er auf Urlaub nicht zu rechnen habe. Gleichzeitig wurde er auf § 80i des Allgemeinen Berggesetzes verweisen (Auscheiden eines Sicherheitsmannes). Wenn die Betriebsleitung gegeißelt hat, Kamerad E. wurde nun zu Kreuze tragen, so war sie im Irrtum. Er brauchte von ihr keinen Urlaub, denn der Arzt stellte fest, daß er ein Herzleiden und Rheumatismus leide und einige Zeit zur Erholung feiern müsse. Togar einen achtjährigen Urlaub bewilligte der Arzt, als er vernahm, daß E. Gelernteit habe. Sculpt zu genießen. Seitdem ist ein förmliches Appellieren gegen einen der betreffenden Sicherheitsmänner zu beschämen. Dieser Kamerad E. soll jetzt dafür bluten, daß die Begehrverwaltung in ihrem Herrnlosen entgegnete: Er brauche keine 6 und nicht Mark mehr zu verdienen, er könne es auch mit 4,50 M. dann verhängt er noch nicht. Dieses besagt genug.“ Diese Behauptungen sind natürlich von Anfang bis Ende aus den Fingern geflogen. Der „Bergknappe“ hat hier so stark aufgetragen, daß sogar ein christlicher Kamerad seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben hat. Das dürfte zur Kennzeichnung des nur von blindem Hass dikturierten Geschreibels jedenfalls genügen.

Aber nicht bloß zum Arzte hatte man „Informationen“ geschickt. Die Schärfmänner rathen jedem Privatleben erstickte sich bis in seine Wohnung. Weil aber nirgends etwas gefunden wurde, was eine Handhabe zur Unschädlichmachung des Kameraden E. hätte geben können, sollte die letzte Sitzung des Arbeiterausschusses das erreichte Ziel berücksichtigen. Bereits im Juli hatte der Direktor erkannt, die Tätigkeiten des Sicherheitsmannes E. verstoßen gegen die bergeigefüllten Bestimmungen und er werde ihm kündigen. Dennoch muss der Direktor wohl seine Meinung wieder geändert haben. Es möchte ihm wohl klar werden, daß ein Kamerad das Recht hat, einmal eine Reise zu unternehmen und daß dies das Amt als Sicherheitsmann gar nicht beeinträchtigt.

In der letzten Ausschüttung am 29. September war der Direktor wieder von seiner früheren Ansicht befreit, daß E. sich seines Amtes als Arbeiterausschusstmäßigkeitswidrig gezeigt habe und daß seine Kündigung bevorstehen sollte. Die Einwendungen des Begehrdeten ließ der Herr Berater a. D. nicht gelten, drohte ihm vielmehr mit Ausschluß von der Sitzung, wenn er das Maul nicht halte oder sich Polizei mache.“

Das war die Rücksicht, das gegen die Arbeiterrichtete von der Seite

ein Koch gefunden, durch das es hindurchblasen kann. Wenn aber die Stämmer der Zeche Roland gut zusammenstehen, dann können sie das Koch verstopfen; schließlich kommt auch wieder mal die Zeit, wo die Arbeiter an der Melde sind, den Schärfmännern etwas vorzuladen. Kameraden, sorgt dafür, daß uns dann der Atem recht lange vorhält.

Sicherheitsmännerwahl auf Zeche Gustav.

Bei der am 12. Oktober getätigten Sicherheitsmännerwahl auf Zeche Gustav in Essen wurden für die Kameraden des Bergarbeiterverbandes 218 und 217 Stimmen abgegeben. Die Gelben hatten sich ebenfalls durch Aufführung zweier Kandidaten belebt und erhalten. So wurde 176,57 M. gewählt. Danach wurden von den Schleppern der Gelben herangeholt. Der Ausfall der Wahl muß ein Anstoß für die Verbandskameraden sein, für den Bergarbeiterverband zu werben, bis auch der alte Mann organisiert ist. Bei regerer Werbung der Verbandskameraden werden die Gelben nicht auf diese Höhe gelangt. Der Zentralgewerbeverein hat sich, obwohl er seinen Sitze nur etwa 5 Minuten von der Zeche Gustav entfernt hat, und Essen seine „Dochburg“ ist, an der Wahl überhaupt nicht beteiligt. Das liegt auf seine „Stärke“ allerlei Schlüsse zu.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Dippe.

Mecklenburgisches.

Ein gesegnetes Ländchen, dieses Mecklenburg! Nicht von ungefähr, scheint es, prangt in seinem Wappen ein böser Ohrenkopf. Denn um das Volk der Arbeiter bewirkt sich sehr alterhand — Arbeiterfreude aus den höheren Schichten. Bekanntlich haben die Arbeiter des Hessensteiner Salzwerkes seit einiger Zeit ihre Befriedenheit eingebüßt und sind unter die Geladen gegen die Gesellschaft gegangen. So gar zu einem Streik griffen sie in ihrer Unaufrechtschafft. Das machte den guten Patrioten des Osthessenlandes herben Kummer. Ihr Sinn und Trachten ging nur noch dahin, wie man die Hessenthe Arbeiter noch einmal in das alte patriarchalische Verhältnis zurückführen kann.

Und siehe — sie haben es gefunden! Die gelben „Vaterländer“ sollten die Medizin sein, mit der den Kaliarbeitern der Baselland die Unzufriedenheit ausgetrieben werden soll. Den Arbeitern wurde diese Einbildung mitgeteilt durch ein Schreiben

Gewerkschaftliche Leistungen.

All der von dem Magdeburger Bürgermeisterfest auf den Minister-
sessel amtsberufenen Herr Lenig im Nachstege seine eigenartige Kenntnis
der Gewerkschaftsverhältnisse der Mittel- und Nachstift und zu
wissen gelan, indem er Gewerkschaftsbeiträge mit Steuerleistungen auf
eine Stufe stellte und dabei auch noch in den Bahnen sich vergriff,
da war er der Held des Scharfmachers. Sie, die das Personal aus
der „Kirma-Diktatur“ sonst nicht sehr achtungswert behandeln, feierten
nun den Minister als große Freude, gab er ihnen doch Gelegenheit,
gegen die Gewerkschaften zu heben. Minnechin muss man den Blättern
von Schlagzeilen der „Woll“ und der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“
ausgleichen halten, dass sie beruhs- und geschäftsmaßig die Arbeitgeberorgani-
sationen zu bestimmen haben. Das kapitalistische Interesse bestimmt
ihre Taktik, die Wahl der Mittel ist für sie kein Faktor der Moral.
Aubers zu beurteilen ist das Verhalten der Betriebs- und Gewerkschafts-
leuten Gewerkschaftspolitik. Bei ihr darf man nicht als mildmenden
Umstand gelten lassen, dass Unternehmerinteresse ihr Urteil trifft. Sie
kennt die Gewerkschaftsbewegung, sie wusste, dass Herrn Lenigs Bahnen
und Argumente falsch waren. Trotzdem wollte man sich die schönen Ge-
legenheit, die freien Gewerkschaften zu verbürgen, nicht entgehen
lassen. So mehr oder weniger — verschämter Weise taten die froni-
mierten Blätter ihren Bestreben die ministeriellen Ansichten gegen die Ge-
werkschaften auf; gerade so, wie sie nun auf Scharfmacherkommando
Terrorismusgeschichten erfinden und verbreiten. Dabei mussten sie
wissen, dass die Angriffe gerade mit Bezug auf die freien Gewerkschaften
am allerwenigsten berechtigt waren. Die öffentlichen Abrechnungen
der Verbände lassen da gar keinen Zweifel zu. Da gerade jetzt, aus
Anlass der Berichtseröffnung der Generalkommission der Gewerkschaften
Deutschlands über die Kämpfe im Jahre 1910, wieder Beitrachten
über Biestkreuzen den Spießer grautlich machen, erscheint es nützlich,
die in Betracht kommenden Bahnen der verschiedenen Gewerkschafts-
gruppen zusammenzustellen. Die Ziffern, nach den Abrechnungen für
1910, ergeben das folgende Bild. Es betragen in Markt:

Freie Verbände Christ.-Verbände Hirsch-Dünster			
Einnahmen	84 872 178	5 490 000	2 928 698
Ausgaben für Streiks	19 068 972	1 289 500	889 928
Unterstützungen	30 000 000	1 080 619	1 068 528

Die Zahlen zeigen die Überlegenheit der freien Verbände, weiter
aber auch, dass diese nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis
zu ihren Gesamteinnahmen die höchsten Leistungen an die Mitglieder
aufzuzeigen. Es stellt sich nämlich heraus, dass die als Streikvereine ver-
fassten freien Gewerkschaften sogar mehr an Unterstützungen zahlen,
als die Hirsch-Dünsterschen Harmonievereine, von den Christenverbänden
ist gar nicht zu reden. Die freien Verbände stehen mit den direkten
Zuwendungen an die Mitglieder weitauß an erster Stelle. Die nach-
folgende Aufstellung illustriert das. Vom Hundert der Gesamtein-
nahmen verwenden für:

Streiks Unterstützungen zusammen		
Die freien Gewerkschaften	29	47
Die christlichen Verbände	22	19
Die Hirsch-Dünsterschen Vereine	11,6	36,4
		48

Das sind die Resultate aus dem Kampfreichsten aller Jahre, denn
es brachte den Gewerkschaften 9890 Bewegungen mit 1 025 542 be-
teiligten Personen, während die bisher höchsten Bahnen das Jahr 1906
mit 8150 Bewegungen und 917 748 beteiligten Personen aufwies. Die
Ergebnisse werden die treuen Christen nun wahrscheinlich dazu be-
rügen, um die freien Verbände, als für die wirtschaftlichen Be-
streben der Arbeiter bedeutungslose Unterstützungsvereine zu denun-
zieren, wie das früher auch schon geschehen ist. Das hindert sie na-
türlich nicht, bei passender Gelegenheit doch wieder über die Streik-
organisationen sich zu entzünden, deren Zweck lediglich der sei, die Ar-
beiter ins Glend zu stürzen, um sie unzufrieden und für die Sozial-
demokratie reif zu machen.

Gegen christliche und scharfmacherische Verdächtigung und Ver-
leumdung ist kein Kraut gewachsen!

Lohnbewegungen und Streiks.

Zur Lohnförderung der Bergarbeiter in Niederschlesien.

Am 8. Oktober nahm in Zellhausen eine stark besuchte Be-
legschaftsversammlung der Glückhilf-Friedenshoffnung Grube zur Lohn-
frage Stellung. Wie auf anderen Gruben, so hatte auch auf der Glück-
hilf-Friedenshoffnung Grube der Arbeiterausschuss um eine 10prozentige
Lohnheröhung gebeten, die unter Hinweis auf die gegenwärtigen
Zeitungsverhältnisse und die seit Anfang 1907 eingetretenen Lohn-
kürzungen begründet war. Die Verwaltung der Glückhilf-Friedens-
hoffnung Grube lehnte rundweg jede Lohnheröhung ab, obwohl sie die
heute herrschende Zeuerung und die damit verbundene Notlage der
Bergleute nicht abtreten konnte. Wie auf anderen Gruben, wurde
auch hier verordnet, dass man den Bergleuten billige Kartoffeln und
Kraut liefern sollte. Später will man sie, wie behauptet wird, mit dem
Gebankten bezahlen, Brotnäthen auszugeben und Waren zum Selbst-
kostenpreise an die Bergleute ausliefern. Diese Versprechungen stehen
bei den Bergleuten auf recht gemischte Gefüße. Man weiß die „Wohl-
loden“ der Grubenverwaltungen ja auch einigermaßen zu schätzen, und
es ist daher verständlich, wenn die Bergleute ziemlich geringfügig
über den Wohlstandsumzug urtheilen.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:
„Die am 8. Oktober 1911 in Thiem's Saal in Zellhausen eine stark besuchte Be-
legschaftsversammlung der Glückhilf-Friedenshoffnung Grube zur Lohn-
frage nimmt mit Bebauern Kenntnis von der ablehnenden
Haltung der Grubenverwaltung in der Lohnfrage. Sie hält eine 10pro-
zentige Lohnheröhung angehängt der stets steigenden Lebensmittelpreise
und der seit 1907 zu verzeichnenden Lohnkürzungen für dringend not-
wendig. Die Versammlung hält das Versprechen der Grubenverwal-
tung, statt der notwendigen Lohnheröhung, Kartoffeln und Kraut zu
Selbstkostenpreisen zu liefern, für eine nichtsagende unkontrollierbare
Wohlfahrtsgarantie, die in keiner Weise die heutige andauernde Notlage
mildern oder beseitigen kann. Die Versammlung hält es angehängt
der ablehnenden Haltung der Grubenverwaltungen für eine abwegige
Folgt, dass sich jeder Bergmann im Verband der Bergarbeiter Deutsch-
lands organisieren. Nur in der Stärke der gewerkschaftlichen Organi-
sation erhält die Versammlung das Mittel, die Lohn- und Arbeits-
verhältnisse der Bergarbeiter dauernd zu bessern.“

Letzte Nachrichten.

Eine Entgegnung des Bergarbeiterverbandes.

Unter dieser Überschrift bringt die Unternehmensprese folgende
Erklärung:

Sonntag, den 22. Oktober 1911:
Sehr Alte. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ernst Hundt in
Gesellshausen, Wannerstraße 134. — 1. Vortrag: Rücken-
und Rechte der Sicherheitsbeamten, sowie der Arbeiter und Beamten.
2. Bericht des Arbeiterschutzausschusses und Sicherheitsbeamten.
Referat zur Stelle.

Sehr Alte, Schacht II. Sonntag, 11 Uhr, im Lokale des
Herrn Peter-Schott in Dortmund, Friedensstraße 1. — 1. Bericht
des Arbeiterschutzausschusses. 2. Vortrag: Die augenfällige Lage der
Bergarbeiter. 3. Berichtshaus. Referat zur Stelle.

öffentliche
Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 22. Oktober 1911:

Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Weing. — Die
augenfällige Lage der Bergarbeiter und die Zeuerung. Ref. 3. Stelle.
Dortmund. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Zimmermann, Raffae-
lienstraße 20. — 1. Die Lage der Bergarbeiter und die Zeuerung. Ref. 3. Stelle.
Die kürzesten Ausführungen. 2. Bericht. 3. Berichtshaus. Ref. 3. Stelle.

Die Lage der Bergarbeiter in der Bergarbeiterstadt und wie in

„Sollte der Bergauf der in der außerordentlichen Generalver-
sammlung des Bergarbeiterverbandes Christlicher Bergarbeiter Deutschlands
am 12. Oktober gefasste Resolution in der Presse richtig wiedergegeben
sein, so müssen wir mit aller Entschiedenheit Verwahrung gegen den
leiderlichen Antwort einzulegen. Im folgenden Satz zum Ausdruck
kommt: „Nicht weniger bedauerlich ist, dass die Bergarbeiterverwaltungen des
Berggebietes ihrem in der Antwort des Bergarbeiterverbandes vom 10. Januar
1910 gegebenen Versprechen, die Löhne steigen zu lassen, in ganz un-
günstiger Weise nadegeworden sind.“ In unserer Antwort auf die
damalige Eingabe des Bergarbeiterverbandes haben wir eingangs
darauf, dass wir als Bergarbeiterverband eine Einwilligung auf die Lohn-
regelung nicht duldet, da die Feststellung der Löhne jeder einzelnen
Bergarbeiterverwaltung ist, die allein mit den bei ihr in Arbeit
stehenden Bergleuten Geschäftshaus und Bedienstete vereinbart und ver-
einbart kann, demgemäß könnte die Abgabe eines Versprechens auf
Lohnheröhung für den Bergarbeiterverband überhaupt nichts in Frage kommen
und es ist selbstverständlich auch kein solches Versprechen von uns ab-
gegeben worden. Daraufhin der Bitte, eine entsprechende Aufbesserung
der Löhne der Arbeiter über und unter Tage vorzunehmen, dass die Berg-
arbeiterlöhne des Bergarbeiterverbandes nicht nur und überwiegend be-
trächtlich höher seien, als in andern deutschen Bergarbeiterverwaltungen
in den 25 Jahren ihres Bestehens hervorgeht, weit mehr gestiegen sind,
als die Löhne in andern Bergarbeiterverwaltungen, die wohl ohne Ausnahme
auch die absolute Höhe der Bergarbeiterlöhne nicht erreichen. Zum
anderen wurde festgestellt, dass die in der Eingabe des Bergarbeiterverbandes
christlicher Bergarbeiter aufgestellte Behauptung nicht richtig sei, im
ersten Halbjahr 1910 habe das Einkommen aller Bergarbeiter noch
etwas weiter abgenommen. Demgegenüber wurde an Hand der amt-
lichen Lohnstatistik nachgewiesen, dass sich seit Februar des Jahres
1910 ein Steigen der Löhne bemerkbar mache. Somit ist nicht ein
Wort geschrieben, aus dem der Schluss gezogen werden könnte, der
Bergarbeiterverband habe ein Versprechen abgegeben, die Löhne weiter steigen
zu lassen.“

Die Geschäftsführung des Bergarbeiterverbandes v. Löwenstein.

Man darf gespannt sein, was die Bergarbeitervereinigung hierzu
sagen wird.

Berbandsnachrichten.

Berichtung. Das in Nr. 41 ausgeschlossene Mitglied heißt nicht
Eduard Miesbader, sondern Ludwig Miesbader aus Bochum II.

Das Mitglied Nr. 875 002 Johann Conrad aus Sulzbach (Saar)

ist wegen Streikbruch ausgeschlossen.

Rechtschutz betreffend.

Gelsenkirchen. Einen längst empfundenen Bedürfnis und gehobten
Wunsch der organisierten Arbeiterschaft in Wanne und Wattenscheid
hat das Arbeiterssekretariat Gelsenkirchen jetzt Rechnung getragen, indem
es an beiden genannten Orten für diese und deren Umgegend jede Woche
einen Tag Sprechstunde vom 15. Oktober an eingerichtet hat. In Wanne
gehören die Orte Röhlinghausen, Eickel und Hordel; zu Wattenscheid
gehört die Orte Glüninghausen, Westenfeld und Lenthe. Durch diese
Sprechstunde ersparen die Gewerkschaftsgenossen der betreffenden Orte Zeit
und Fahrgeld nach Gelsenkirchen und möge sich jeder danach einrichten.
Bei eiligen Sachen, welche keinen Aufschub erleiden, wolle man das
Sekretariat in Gelsenkirchen aufsuchen.

Bezirk Magdeburg-Braunschweig. Das Bezirksbüro befindet sich
jetzt ab in Schöningen, Wallstraße 21. Persönliche Sprech-
stunden des Bezirksleiters finden jeden Dienstag, vormittags von
8—12 Uhr und nachmittags von 2—3 Uhr, sowie jeden Sonn-
abend nur vormittags von 8—12 Uhr statt. Die Mitglieder
müssen, um sich vor unruhigen Wegen zu bewahren, genau auf die Tage
und Stunden achten. Schriftlicher Rechtschutz wird jederzeit erteilt.

Bezirk Ober-Elsass. Den Kameraden zur Kenntnahme, dass alle
Umfragen, welche sich auf die Organisation beziehen, an den Kame-
raden Paul Wimmermann in Willingen i. Els., Barfüßerstraße 9,
zwei Treppen, zu richten sind.

Monnberg. In unserer Bahnhofstelle werden vom 1. Oktober ab
50 Pf. Marken gegeben.

Schüren. Am Sonntag, den 22. Oktober, findet eine Hausagitation
statt. Zusammenkunft der Kameraden vormittags 9 Uhr im Vereins-
lokal Friedrich Wilberg. Die Kameraden wollen sich zahlreich einfinden.

Adressenänderungen.

Machen. Vertrauensmann Leonhard Theilen, Peterstraße 55,
B. Bochum. Der Bezirksleiter B. Meier wohnt jetzt Jakobstraße 10.
Alten 6. Cassel. Der Vertrauensmann Tobias Göbel wohnt

jetzt in Cassel, Untereinfelder Kirchplatz 7 I.

Schöningen. Der Vertrauensmann wohnt jetzt Baderstraße 18.

Steckrade II. Die Geschäfte des Kassierers erledigt der Kamerad

2. Finanziep, Schatzstraße 7.

Bibliotheken.

Wodesswingh. Die Bibliothek ist jeden Sonntag, vormittags von
10—12 Uhr geöffnet. Als Bibliothekar fungiert Kamerad Michael
Vennatowicz, Weiterbildung, Kolonne Nr. 5. Bei ihm sind die Bücher in
Empfang zu nehmen und wieder abzuliefern.

Bac. Die Bibliothek ist vom 15. Oktober ab jeden Sonntag, vor-
mittags von 11—12 Uhr, geöffnet.

Bücherrevision.

In folgenden Bahnhöfen findet Revision der Mitgliedsbücher statt
und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den
Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Machen. Vom 18. bis 31. Oktober.

Bergen-Börde. Nach dem 25. Oktober.

Hannover. Vom 22. bis 31. Oktober.

Hessen. Vom 25. Oktober bis 15. November.

Meuschwitz. Vom 25. Oktober bis 15. November.

Overhausen. Vom 25. Oktober bis 15. November.

Schüren. Nach dem 15. Oktober.

Sterkrade II. Im Monat Oktober.

Kranzpendemarken.

In folgenden Bahnhöfen werden Kranzpendemarken à 10 Pf. gegeben:

Bergen-Börde. Im Monat Oktober.

Sterkrade II. Im Monat Oktober.

Kranzpendemarken.

In folgenden Bahnhöfen werden Kranzpendemarken gegeben:

Herten. Im Monat November.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Brandis, Bezirk Leipzig. Jeden Sonnabend nach dem 15. des Monats, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krebs.

Selbts. Jeden letzten Sonnabend im Monat, im Gasthof in Selbts.

Westeregg. Jeden Sonnabend nach dem 15. des Monats, abends 8 Uhr, sagt der Vize.

Wendebach. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Gebrüder Negele.

Niederdorf. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Weing.

Uhlen a. d. Elbe. (Welttagfeier fehlt.) In der „Helmut“.

Altershausen. Nachmittags 4 Uhr,